



Festveranstaltung

**Verleihung des
Menschenrechtspreises 2004
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

an

Abel Alier und
Mahgoub Mohamed Salih
Sudan

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

80
1925
2005
80 Jahre für
Soziale Demokratie

X 7559

1. EX.

Festveranstaltung

**Verleihung des
Menschenrechtspreises 2004
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

an

Abel Alier

und

Mahgoub Mohamed Salih

Sudan

am Mittwoch,
22. September 2004



Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
Referat Entwicklungspolitik
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Redaktion: Anja Bengelstorff

Koordination: Peter Schlaffer

Layout: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn

Titelfotos: dpa

Fotos: Rainer Zensen, Berlin, Thomas Omondi, Nairobi

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Printed in Germany 2005

Inhalt

Vorwort 9

Eröffnungsrede

Anke Fuchs
Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung 13

Laudatio

Heidemarie Wieczorek-Zeul
Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung 23

Dankesreden der Preisträger

Abel Alier 31
Mahgoub Mohamed Salih 35

Pressespiegel 40

Podiumsdiskussion

Wer bringt dem Sudan den Frieden? 45

Interview

mit Napoleon Adok Gai
ehemaliger Kindersoldat im Südsudan 75



Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung 2004



EINLADUNG

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Frieden und Menschenrechte im Sudan

Im Sudan wird seit dem Ende der Kolonialzeit im Jahr 1956 mit kurzen Unterbrechungen zwischen dem Süden und dem Norden des Landes Krieg geführt. Ein Krieg, der zu großen Opfern unter der Zivilbevölkerung geführt hat und der von massiven Vertreibungen begleitet war. Nach 21 Jahren Bürgerkrieg und verstärkt durch äußeren Druck hat sich auf beiden Seiten die Erkenntnis durchgesetzt, dass dieser Krieg von niemandem zu gewinnen ist. In monatelangen zähen Verhandlungen in Naivasha (Kenia) haben die beiden Krieg führenden Parteien, die sudanesishe Regierung und die Rebellenbewegung SPLA, in den wichtigsten Fragen Übereinkünfte erzielt, so dass dieser Konflikt mit aller Wahrscheinlichkeit kurz vor einem Friedensschluss steht.

Aber von einem wirklichen Frieden und von der realen Anerkennung von Demokratie und Menschenrechten ist der Sudan noch weit entfernt. Dies zeigt sich auch in der aktuellen Krise in Darfur, die so dominant ist, dass jede friedenspolitische Arbeit in den Hintergrund gedrängt zu werden droht.

In dieser schwierigen Phase werden mit der Verleihung des Menschenrechtspreises an Abel Alier und Mahgoub Mohamed Salih zwei nationale Symbolfiguren geehrt, die sich für einen auf Frieden und Gleichheit aller Bürger gegründeten Sudan einsetzen. Mit Mahgoub M. Salih stützt man eine grundlegende Stimme für Frieden und Menschenrechte im Sudan, mit Abel Alier einen Menschenrechtsanwalt, der im Sudan bereits einmal Frieden geschaffen hat (1972) und sich gegenwärtig unermüdlich für den Frieden einsetzt. Als Anwalt hat er Sudanesen jeglicher regionaler, religiöser oder politischer Zugehörigkeit verteidigt und damit ein Zeichen für die Gleichheit aller im Sudan gesetzt. Alier und Salih sind zwei der wenigen nationalen Symbolfiguren, die im ganzen Land und von allen Generationen anerkannt sind. In der tief gespaltenen Gesellschaft des Sudan ist die Verleihung des Preises an einen Süd- und einen Nordsudanesen ein wichtiger Beitrag zur Versöhnung der verschiedenen Landesteile. Um diese beiden herausragenden Persönlichkeiten zu würdigen und ein positives Signal zu setzen, dazu soll die Verleihung des Menschenrechtspreises ein Beitrag sein.

Podiumsdiskussion
„Wer bringt dem Sudan den Frieden?“

Teilnehmer:

Abel Alier

Vizepräsident des Sudan a.D.,
Präsident des High Executive Council
Southern Region of Sudan a.D.

Mahgoub Mohamed Salih

Journalist,
Mitbegründer und heutiger Herausgeber
der Tageszeitung „Al Ayam“

Mohamed Mahgoub Haroun

Journalist, Al Sahafa,
Professor an der University of Khartoum

Marina Peter

Sudanexpertin
Sudan Focal Point – Europe

Gerhart Rudolf Baum

Bundesminister a.D.
Ehemaliger UNO-Beauftragter für die
Menschenrechte im Sudan

Moderation:

Conny Czymoch, PHOENIX

Mittwoch,

22. September 2004

um 14:30 Uhr

im

großen Saal
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin

Simultanübersetzung Englisch-Deutsch

Festveranstaltung

Verleihung des
Menschenrechtspreises 2004*
der Friedrich-Ebert-Stiftung

an

Abel Alier

Vizepräsident des Sudan a.D.,
Präsident des High Executive Council
Southern Region of Sudan a.D.
und

Mahgoub Mohamed Salih

Journalist,
Mitbegründer und heutiger Herausgeber
der Tageszeitung „Al Ayam“

durch

Anke Fuchs

Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung
Bundestagsvizepräsidentin a.D.

Laudatio

Heidemarie Wieczorek-Zeul, MdB

Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Mittwoch,

22. September 2004

um 17:30 Uhr

im

großen Saal
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin

Simultanübersetzung Englisch-Deutsch

** Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung
wird aus dem Feist-Fonds vergeben, dem Nachlass
des Ehepaars Karl und Ida Feist / Hamburg.*



Napoleon Adok Gai, ehemaliger Kindersoldat im Südsudan

Vorwort

Ich würde nie mit dem Rücken zur Tür sitzen. Ich vertraue niemandem. Die Albträume kommen jede Nacht.“ Noch Jahre, nachdem er der Hölle entronnen war, als Kind Soldat sein zu müssen, halten den jungen Sudanesen seine Erinnerungen gefangen. Mit 15 Jahren konnte er sicher mit einem Gewehr umgehen, war Experte im Legen und Entschärfen von Landminen. Sein „Land“, der Süden des Sudan, werde von einem ungerechten System im Norden regiert und müsse für seine Befreiung, für seine Unabhängigkeit kämpfen, so erklärten es seine Ausbilder von der Volksbefreiungsarmee des Sudan (SPLA). Damit sie ein eigenes Land haben könnten und die Schulen wieder eröffnet würden. Der Junge kämpfte, doch statt eröffneter Schulen sah er seine Freunde um sich herum sterben.

Es gibt Tausende ähnlicher Schicksale auch auf der Gegenseite, denn sowohl die SPLA als auch die Regierungsarmee des Sudan haben Kindersoldaten rekrutiert. Der Halbwüchsige von damals engagiert sich heute gegen den Einsatz von Kindersoldaten im Sudan. Schon bald, so ist zu hoffen, könnte sein Einsatz überflüssig werden: Nach 21 Jahren kriegerischer Auseinandersetzungen, bis zu zwei Millionen Toten und fünf Millionen Vertriebenen haben sich die Regierung unter Präsident Omar al-Bashir und die Befreiungsarmee des Sudan nun auf Frieden verständigt, auf die Teilung der Macht und des Wohlstands des Landes. Afrikas längster Bürgerkrieg wäre damit beendet. Leider bezieht dieses Abkommen die Krise in der Region Darfur nicht mit ein, in der Menschen zu Tausenden vertrieben und getötet werden, so dass der Sudan als Nation von einem umfassenden Frieden oder gar Demokratie noch weit entfernt ist.

Ich würde nie mit dem Rücken zur Tür sitzen. Ich vertraue niemandem. Die Albträume kommen jede Nacht.

Wer heute im ethnisch extrem heterogenen Sudan jung ist, für den ist „Frieden“ ein abstrakter Begriff. Doch auch Ältere mögen sich nur vage erinnern, herrscht doch im Sudan seit seiner Unabhängigkeit von Großbritannien und Ägypten im Jahr 1956 Krieg, unterbrochen nur von einer elfjährigen Periode der Ruhe zwischen 1972 und 1983. Umso mehr Bedeutung für ihr Volk erlangen deshalb Personen, die nicht müde werden, solche abstrakten Konzepte mit Leben zu füllen und allen Sudanesen, ungeachtet ihres kulturellen oder religiösen Hintergrunds, beizustehen und zu vermitteln, welche Chancen Gleichheit, Demokratie und Freiheit ihnen für die Entwicklung ihres Landes bieten.

Im Sudan sind in dieser Hinsicht Abel Alier und Mahgoub Mohamed Salih, die die Friedrich-Ebert-Stiftung in diesem Jahr mit ihrem Menschenrechtspreis würdigt, zu nationalen Symbolfiguren geworden. National, da sie im ganzen Land bekannt und in ihren Bemühungen über die vergangenen Jahrzehnte hinweg anerkannt sind. Symbolfiguren, da sie Zeichen setzen über ethnische und religiöse Grenzen hinweg – der eine aus dem Norden, der andere aus dem Süden des Sudan stammend.

In ihren Berufen als Jurist beziehungsweise Journalist in einer Gesellschaft, durch die tiefe, scheinbar unüberwindliche Gräben laufen, bauen sie Brücken. Geduldig und unermüdlich.

Abel Alier verteidigt als Menschenrechtsanwalt Sudanesen jeglichen politischen oder regionalen Hintergrunds und war einer der Architekten des Friedensabkommens von Addis Abeba 1972, das dem geschundenen Land zumindest elf Jahre des Aufatmens verschaffte.

Abel Alier verteidigt als Menschenrechtsanwalt Sudanesen jeglichen politischen oder regionalen Hintergrunds und war einer der Architekten des Friedensabkommens von Addis Abeba 1972, das dem geschundenen Land zumindest elf Jahre des Aufatmens verschaffte. Bis heute schätzen ihn seine Landsleute als Friedensaktivisten. Und Mahgoub Mohamed Salih prangert schreibend Menschenrechtsverletzungen und Ungerechtigkeit an, ungeachtet drohender Verfolgung oder einer möglichen Schließung seiner Zeitung.

Aber beide sind vor allem Symbolfiguren für einen Ansatz der Konfliktlösung, der in Südafrika Erfolg hatte, der in Ruanda versucht wird und der auch ein Modell für den Sudan sein könnte: Versöhnung. Versöhnung ist ein Wert, der in den Kulturen Afrikas tief verwurzelt ist. „Wenn wir von Versöhnung sprechen, werden wir auch politisch Früchte ernten“, so Abel Alier.

Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung will sich den Bemühungen um Versöhnung im Sudan anschließen und setzt mit der Verleihung des Menschenrechtspreises 2004 an Abel Alier und Mahgoub Mohamed Salih, den beiden langjährigen Stimmen des Friedens im größten Land Afrikas, dafür ein Zeichen.

Das Hamburger Ehepaar Karl und Ida Feist hat den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung ins Leben gerufen, um die mühsame und ausdauernde Basisarbeit für Menschenrechte, Menschenwürde und Frieden zu ehren – auch wenn sie abseits der allgemeinen Aufmerksamkeit stattfindet. Der Preis ist derzeit mit 10.000 Euro dotiert. In den Jahren zuvor haben den Menschenrechtspreis erhalten: Marie-Schlei-Verein (1994), Prof. Dr. Ewa Łętowska, ehemalige „Bürgerbeauftragte“ des polnischen Parlaments (1995), General Olusegun Obasanjo, heute Präsident Nigerias (1996), Petar Anđelović, OFM, Provinzial der Franziskaner in Sarajevo (1997), Omar Belhouchet, Journalist und Herausgeber von „El Watan“ in Algerien (1998), Kailash Satyarthi, Koordinator des „Weltweiten Marsches gegen Kinderarbeit“ aus Indien (1999), der Verband des Komitees der Soldatenmütter Russlands (2000), die serbische Widerstandsbewegung OTPOR (2001), die Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden, IPPC (2002) sowie der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda, ICTR (2003).

Mahgoub Mohamed Salih prangert schreibend Menschenrechtsverletzungen und Ungerechtigkeit an, ungeachtet drohender Verfolgung oder einer möglichen Schließung seiner Zeitung.



Bundesministerin Wieczorek-Zeul mit Abel Alier (oben) und Mahgoub Mohamed Salih (unten)

Eröffnungsrede

Anke Fuchs

Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

Sehr geehrter Herr Abel Alier, sehr geehrter Herr Mahgoub Mohamed Salih, sehr geehrter Herr Botschafter, meine Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Wir freuen uns sehr, dass Sie heute zu uns gekommen sind, um mit uns zusammen die Preisträger des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung 2004 auszuzeichnen.

Wir ehren heute zwei Preisträger aus dem Sudan, einem Land an der Grenze zwischen der arabischen und der afrikanischen Kultur gelegen, aus dem größten Land Afrikas, zehn Mal so groß wie die alte Bundesrepublik.

Der Sudan hatte seit seiner Unabhängigkeit immer besondere Beziehungen zu Deutschland. Viele unter uns, die sich schon länger mit der entwicklungspolitischen Arbeit beschäftigen, wissen, dass der Sudan in den 1970er Jahren das wichtigste Partnerland Deutschlands in Afrika war. Große Projekte wie Elektrizitätswerke, Zuckerfabriken, Straßen oder das sudanesisches Fernsehen sind im Rahmen der deutsch-sudanesischen Zusammenarbeit entstanden. Deutschland hat auch einen wichtigen Beitrag zum sudanesischen Bildungssystem durch den Aufbau von Berufsausbildungszentren geleistet, die im ganzen Land, sowohl im Süden als auch im Norden, zu finden sind. Die FES hat im Sudan – ohne Unterbrechung – seit Mitte der 1970er Jahre ein Büro.

Die deutsch-sudanesischen Beziehungen waren nie einseitig: Viele Sudanesen haben seit den 1960er Jahren in Deutschland studiert, so auch der anwesende sudanesischer Botschafter.

Die kulturelle Vielfalt des Sudan, das Kaleidoskop der verschiedenen Ethnien, das den Sudan so interessant macht, schafft auf der anderen Seite auch Probleme, die, obwohl nicht ethnisch bedingt, sich doch in ethnischen Formen äußern. In diesem Land wird mit kurzen Unterbrechungen seit dem Ende der Kolonialzeit im Jahr 1956 mit variierender Intensität Krieg geführt. Inzwischen kämpfen in wechselnden Allianzen reguläre Truppen, Befreiungsarmeen, Milizen und Banden. Der „Norden“ kämpft gegen den „Süden“, Gruppen im Norden kämpfen ebenso gegeneinander wie Gruppen im Süden, Christen gegen Christen und Muslime gegen Muslime. Der Streit um die großen Ressourcen des Sudan, insbesondere um die Ölvorkommen, hat den Krieg weiter eskalieren lassen.

Interessen von Individuen, Gruppierungen, Nachbarländern und aus der größeren Staatengemeinschaft, sowohl wirtschaftlicher wie militärisch-strategischer Natur, beeinflussen das Kriegsgeschehen in erheblichem Maße.

Interessen von Individuen, Gruppierungen, Nachbarländern und aus der größeren Staatengemeinschaft, sowohl wirtschaftlicher wie militärisch-strategischer Natur, beeinflussen das Kriegsgeschehen in erheblichem Maße. Darüber hinaus ist die große Armut – wir sprechen von einer Armutsrate von etwa 90 Prozent – eine der strukturellen Ursachen für den Konflikt.

Während sich der Hauptkonflikt, der Krieg zwischen der südsudanesischen Bewegung Sudan People's Liberation Army/Movement (SPLA/M) und der Regierung des Sudan, nach jahrelangen Verhandlungen einem baldigen Ende zu nähern scheint, sind im Schatten dieser Verhandlungen andernorts neue Kämpfe aufgeflammt beziehungsweise eskaliert: Besonders im Westen, in der an den Tschad grenzenden Region Darfur, hat sich im Verlauf des Jahres 2003 und in diesem Jahr der Konflikt so verschärft, dass man von einem vollen Bürgerkrieg sprechen muss.

Im Kern haben alle diese Konflikte mit einem Grundproblem des Sudan zu tun: einem ausgeprägten Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie. Dies ist gekennzeichnet von ungerechter



Macht- und Ressourcenteilung und bisher mangelnder Fähigkeit oder mangelndem Willen, auf die multi-ethnische Gemengelage des Landes adäquat politisch zu reagieren.

Die Umbruchphase, in der sich der Sudan heute befindet, bietet das Potenzial für einen tiefgreifenden Wandel – zum Positiven wie zum Negativen. Zum Positiven, wenn es gelingt, einen transparenten Demokratisierungsprozess zu initiieren und das einzuführen, was gemeinhin als „Good Governance“ bezeichnet wird. Zum Negativen insbesondere dann, wenn es nicht gelingt, schnellstmöglich diejenigen mit einzubeziehen, die sich derzeit noch vom Friedensprozess ausgeschlossen fühlen.

Um den Sudanesen einen Neuanfang zu ermöglichen, der in Gerechtigkeit und dauerhaften Frieden münden soll, brauchen sie alle denkbare Unterstützung von außen. „Internationale Truppen“ reichen nicht aus. Vielmehr müssen langfristig Akteure des Wandels, Demokraten und Menschenrechtsaktivisten gestützt werden, sonst bleibt der Frieden bedeutungslos.

Wir als FES sehen unsere Aufgabe darin, diejenigen Kräfte im Sudan zu stützen, die von innen heraus diese Entwicklungen vorantreiben. Der Friedensprozess muss aus der sudanesischen Gesellschaft selbst kommen. Sollte dieser Prozess Wirklichkeit werden, dann könnte der Sudan durchaus ein Bindeglied zwischen afrikanischen und arabischen Kulturen werden.

Dies gilt auch im aktuellen Problemgebiet Darfur, aus dem täglich von Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen größeren Ausmaßes berichtet wird: Ähnlich wie in dem Konflikt im Südsudan liegt eine Lösung nur in der gemeinsamen Anstrengung der internationalen Gemeinschaft, die versuchen muss, durch Druck auf die sudanesische Regierung kurzfristig die aktuelle humanitäre Katastrophe zu stoppen und längerfristig eine politische Lösung zu finden, die die Lage in der Region stabilisiert. Dies kann unseres Erachtens nur durch eine Stärkung der lokalen Potenziale und durch eine echte Dezentralisierung der politischen Entscheidungsstrukturen erfolgen.

Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität stehen im Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unserer internationalen Tätigkeit versuchen wir, durch Verbesserung der Rahmenbedingungen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie die Grundlagen zu fördern, die es den Menschen in allen Teilen der Welt ermöglichen sollen, ein Leben in Frieden und Freiheit und ohne Not zu führen. Die Menschenrechte bilden dabei den Rahmen und sind zugleich der Maßstab, an dem sich Erfolg oder Misserfolg messen lassen müssen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet im Sudan insbesondere an der Stärkung der Zivilgesellschaft und maßgeblich an der Verbesserung der gesellschaftlichen Rolle der Frauen, die unter dem gegenwärtigen System besonders benachteiligt sind. Im Themenbereich „Good Governance und Dezentralisierung“ versuchen wir, die Menschenrechte zu stärken und die Fähigkeit gesellschaftlicher Gruppen zu ziviler Konfliktbearbeitung zu verbessern. Durch das Aufgreifen sozial- und wirtschaftspoliti-

scher Themen wird die gesellschaftliche Diskussion über die große Armut, aber auch über den Sudan im weltwirtschaftlichen Gefüge gestärkt. Die FES versucht, dies insbesondere durch vielfältige Trainingsmaßnahmen sowie durch Publikationen und gezielte Beratung zu erreichen.

Wir alle wissen, dass wir von den gesteckten Zielen noch weit entfernt sind, und manchmal hat es den Anschein, als rückten sie in noch weitere Ferne. Dauerhafte Anstrengung trotz aller Rückschläge bleibt deswegen unsere Aufgabe, wenn wir den eigenen Ansprüchen genügen wollen.

In diesem Sinn hat auch das Hamburger Ehepaar Karl und Ida Feist seinerzeit unserer Stiftung den Fonds anvertraut, aus dem wir den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung vergeben. Es soll ausdrücklich nicht der spektakuläre Erfolg gewürdigt werden, sondern die „mühsame und beharrliche Grundlagenarbeit“, wie es in der Stiftungsurkunde aus dem Jahre 1988 heißt. Gerade im Bereich der Friedens- und Menschenrechtsarbeit sind selten spektakuläre Erfolge zu verzeichnen. Umso mehr gilt es, die unermüdlichen und uneigennütigen Bemühungen derer zu fördern und zu würdigen, die nicht aufgeben und nicht aufhören, sich für die Stärkung der Rechte Benachteiligter und für ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben einzusetzen. Die diesjährigen Preisträger sind beide Personen, die diesen Anforderungen in hohem Maße entsprechen.

In dieser schwierigen Phase, in der sich der Sudan befindet, wollen wir mit der Verleihung des Menschenrechtspreises an Abel Alier und Mahgoub Mohamed Salih zwei nationale Symbolfiguren ehren, die sich für einen auf Frieden und Gleichheit aller Bürger gegründeten Sudan einsetzen.

Mit Abel Alier stützen wir einen Menschenrechtsanwalt, der im Sudan bereits 1972 einmal Frieden geschaffen hat und sich auch gegenwärtig unermüdlich für den Frieden einsetzt. Als Anwalt hat er Sudanesen jeglicher regionaler, religiöser oder politischer Zugehörigkeit verteidigt und damit ein Zeichen für die

Der Menschenrechtspreis 2004
The Human Rights Award 2004
der Friedrich-Ebert-Stiftung
of the Friedrich-Ebert-Stiftung
wird verliehen an
is conferred on

Abel Alier
Sudan

in Anerkennung und Würdigung
In recognition and appreciation of

- seines unbeirrten Einsatzes als Menschenrechtsanwalt für Gerechtigkeit, his unwavering commitment as a human rights lawyer for justice, freedom of expression freie Meinungsäußerung und Religionsausübung in seinem Lande, and freedom of religion in his country,
- seiner Bemühungen, Angeklagten und Flüchtlingen zu ihrem Recht zu verhelfen, his strong efforts to bring justice to defendants and refugees, regardless of their religious, ohne Ansehen von religiöser, politischer oder regionaler Zugehörigkeit, political or regional affiliation,
- seiner Tätigkeit als Vermittler zwischen den unterschiedlichen Gruppen im Südsudan his role of mediator between the diverse groups in Southern Sudan and with the North and und mit dem Norden des Landes und
- seines maßgeblichen Anteils an den schwierigen Bemühungen um ein his significant role in the demanding endeavour to reach a peace agreement Friedensabkommen für die verschiedenen Regionen des Sudan. for the various regions of the Sudan.

Berlin, 22. September 2004
Berlin, September 22nd, 2004


Vorsitzende
President
Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung wird aus dem von ihr verwalteten Feist-Fonds in
The Human Rights Award of the Friedrich-Ebert-Stiftung is funded by the Feist Fund,
Erfüllung des Vermächtnisses von Karl und Ida Feist vergeben,
fulfilling the legacy of Karl and Ida Feist.

Gleichheit aller im Sudan gesetzt. Mit Mahgoub M. Salih, dem Herausgeber einer der wenigen unabhängigen Tageszeitungen im Sudan, stützen wir eine grundlegende Stimme für Frieden und Menschenrechte.

Alier und Salih sind zwei der wenigen nationalen Symbolfiguren, die im ganzen Land und von allen Generationen anerkannt sind. In der tief gespaltenen Gesellschaft des Sudan ist die Verleihung des Preises an einen Süd- und einen Nordsudanese unser Beitrag zur Versöhnung der verschiedenen Landesteile. Wir verstehen diesen Preis als einen Ansporn zur Versöhnung, zur Stärkung der Menschenrechte in einem schwierigen Moment, denn auch nach dem Abschluss eines Friedensvertrages gibt es viele Möglichkeiten, den Friedensprozess zu torpedieren. Internationale Aufmerksamkeit bleibt nach wie vor unerlässlich.

Diese beiden herausragenden Persönlichkeiten zu würdigen und ein positives Signal zu setzen, dazu soll die Verleihung des Menschenrechtspreises ein Beitrag sein.

In der Urkunde ist als Begründung festgehalten:

Der Menschenrechtspreis 2004 der Friedrich-Ebert-Stiftung wird verliehen an Herrn Abel Alier, Sudan, in Anerkennung und Würdigung

- seines unbeirrten Einsatzes als Menschenrechtsanwalt für Gerechtigkeit, freie Meinungsäußerung und Religionsausübung in seinem Lande,
- seiner Bemühungen, Angeklagten und Flüchtlingen zu ihrem Recht zu verhelfen, ohne Ansehen von religiöser, politischer oder regionaler Zugehörigkeit,
- seiner Tätigkeit als Vermittler zwischen den unterschiedlichen Gruppen im Südsudan und mit dem Norden des Landes und
- seines maßgeblichen Anteils an den schwierigen Bemühungen um ein Friedensabkommen für die verschiedenen Regionen des Sudan.

Der Menschenrechtspreis 2004 der Friedrich-Ebert-Stiftung wird verliehen an Herrn Mahgoub Mohamed Salih, Sudan, in Anerkennung und Würdigung

- seines Einsatzes für Freiheit, Unabhängigkeit und Menschenrechte im Sudan,
- seines Engagements für die Pressefreiheit nach innen und außen,
- seiner unermüdlichen Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Südsudankonflikts durch Dialog und
- seines Eintretens für Randgruppen und ihre Rechte in der Öffentlichkeit.

Meine Herren, ich wünsche Ihnen in Ihrer Arbeit den Erfolg, der nötig ist, damit dem friedlichen Zusammenleben und einer gedeihlichen Entwicklung Ihres Volkes in diesem leidgeprüften Teil Afrikas eine neue und dauerhafte Grundlage geschaffen werden kann. Wir verbinden damit die Hoffnung auf Frieden im Sudan, einen Frieden, an dessen Früchten alle Sudanesen teilhaben werden.



Der Menschenrechtspreis 2004
The Human Rights Award 2004
der Friedrich-Ebert-Stiftung
of the Friedrich-Ebert-Stiftung
wird verliehen an
is conferred on

Mahgoub Mohamed Salih
Sudan

in Anerkennung und Würdigung
In recognition and appreciation of

- ☒ seines Einsatzes für Freiheit, Unabhängigkeit und Menschenrechte im Sudan, his commitment to freedom, independence and human rights in the Sudan,
- ☒ seines Engagements für die Pressefreiheit nach innen und außen, his dedication to freedom of the press – internally and outwardly,
- ☒ seiner Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Südsudankonflikts durch Dialog und through dialogue and his tireless efforts for a peaceful settlement of the conflict between South and North Sudan
- ☒ seines Eintretens für Randgruppen und ihre Rechte in der Öffentlichkeit. his standing up in public for marginalized groups and their rights.

Berlin, 22. September 2004
Berlin, September 22nd, 2004


Vorsitzende
President
Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung wird aus dem von ihr verwalteten Feist-Fonds in
The Human Rights Award of the Friedrich-Ebert-Stiftung is funded by the Feist Fund,
Erfüllung des Vermächtnisses von Karl und Ida Feist vergeben.
fulfilling the legacy of Karl and Ida Feist.



Laudatio

Heidemarie Wieczorek-Zeul
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Lieber Abel Alier, lieber Mahgoub Mohamed Salih!
Ihnen möchte ich ganz herzlich zu der Auszeichnung mit dem Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung gratulieren. Ich tue dies im Namen der gesamten Bundesregierung. Und auch als Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands möchte ich Ihnen die guten Wünsche meiner Partei überbringen.

Ich wünsche, wir könnten Sie unter besseren Umständen in Ihrem Heimatland ehren. Die Situation im Sudan und insbesondere in Darfur ist dramatisch. Weit über eine Million Menschen sind auf der Flucht. Die Vereinten Nationen schätzen die Zahl der Toten in den vergangenen 19 Monaten mittlerweile auf mehr als 50.000. Und die sudanesishe Regierung erfüllt ihre Verpflichtungen nicht.

Seit 1994 wird nun jährlich der zunehmend bekannte und anerkannte Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung verliehen. Mit diesem Preis treten Sie – Herr Alier, Herr Salih – in eine Reihe mit hervorragenden Persönlichkeiten und Institutionen. Der nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo hat 1996 diesen Preis erhalten; 1998 war es der Herausgeber der algerischen Tageszeitung El Watan, Omar Belhouchet, um hier nur zwei Preisträger beispielhaft zu nennen. All diesen Persönlichkeiten und Organisationen ist gemeinsam, dass sie sich beharrlich für die Menschenrechte, für die Menschenwürde und für den Frieden einsetzen. Das gilt auch für Sie!

Die Situation im Sudan und insbesondere in Darfur ist dramatisch. Weit über eine Million Menschen sind auf der Flucht. Die Vereinten Nationen schätzen die Zahl der Toten in den vergangenen 19 Monaten mittlerweile auf mehr als 50.000.

An dieser Stelle will ich der Friedrich-Ebert-Stiftung Dank sagen: Dank dafür, dass sie mit der Preisverleihung das so fundamental wichtige Eintreten für Menschenrechte regelmäßig würdigt und dem Anliegen eine Öffentlichkeit verschafft. Und Dank auch dafür, dass sie 2004 mit Herrn Alier und mit Herrn Salih wieder eine ausgezeichnete Wahl getroffen hat.

Herr Alier und Herr Salih führen uns vor Augen, wie langwierig und unermüdlich der Einsatz für Menschenrechte sein kann und wohl auch sein muss, wenn die Bedingungen immer wieder Rückschläge verursachen, wie dies im Sudan der Fall ist. Ich bewundere Ihr langes und unerschütterliches Engagement und wünsche Ihnen viel Kraft, dies auch in Zukunft fortzusetzen.

Wir alle hier im Saal sind uns sicherlich darin einig, dass es ein Zuviel an Aufmerksamkeit für die Menschen im Sudan in dieser schwierigen Zeit nicht geben kann.

Wir alle hier im Saal sind uns sicherlich darin einig, dass es ein Zuviel an Aufmerksamkeit für die Menschen im Sudan in dieser schwierigen Zeit nicht geben kann. Kinder, Frauen und Männer mussten und müssen hunderttausendfach Leid durch Gewalt, Flucht, Hunger und Entbehrungen erleiden. Dieses Leid darf uns nicht gleichgültig lassen, nicht die Sudanesen und Afrikaner, nicht

die Europäer und nicht die gesamte internationale Staatengemeinschaft.

Lassen Sie mich nun ein paar Sätze zu den Preisträgern sagen:

Abel Alier, Sie haben sich als Vizepräsident, Präsident der Regionalregierung des Südsudan und als Mitglied des Parlaments zu Recht den Ruf eines Friedenspolitikers erworben. Sie waren maßgeblich an dem Friedensabkommen von Addis Abeba beteiligt, mit der der erste sudanesischer Bürgerkrieg im Jahre 1972 beendet werden konnte. Mit dem Beginn des zweiten Bürgerkrieges 1983 haben Sie Ihr unermüdliches Engagement fortgesetzt, waren als Vermittler tätig und haben versucht, dem Nord- und dem Südsudan den Frieden und die Menschenrechte näher zu bringen. Damit nicht genug: Seit nunmehr vier Jahr-



zehnten setzen Sie sich als Rechtsanwalt für die Menschenrechte in Ihrem Land ein. Immer wieder haben Sie Menschen verteidigt, die durch Repressionen der Regierungen in Bedrängnis geraten sind. Herr Alier, Ihr Name steht für die Forderung nach Durchsetzung der Menschenrechte im Sudan, für eine friedliche Konfliktlösung und für die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an der politischen Willensbildung und ihren Zugang zu den Ressourcen des Landes.

Mahgoub Mohamed Salih, Ihr Engagement zeigt dieselbe Ausdauer und Konsequenz. Schon in jungen Jahren hatten Sie einen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn, der sich anfänglich noch gegen die britische Kolonialmacht richten musste. Als Journalist und zeitweise auch als Politiker haben Sie sich den Menschenrechten und der politischen Teilhabe der Gesellschaft verschrieben. Ihre kritische Berichterstattung über die Lage der Menschenrechte im Sudan hat Ihnen viele Schwierigkeiten mit den Regierenden bereitet. Doch auch zeitweise Verhaftungen und das Verbot Ihrer Zeitung haben Sie nicht davon abbringen kön-

nen, Ihren Weg weiter zu gehen. Die von Ihnen mitbegründete Tageszeitung Al Ayam, deren Herausgeber Sie mittlerweile sind, ist die einzige Zeitung, die über den Friedensprozess sowie die Gewalt in Darfur regelmäßig und analytisch scharfsinnig berichtet hat. Diese öffentliche Stimme, die den Frieden und Menschenrechte einfordert, wird auch in Zukunft dringend benötigt.

Meine Damen und Herren, sicherlich interessiert Sie die Haltung der Bundesregierung und meines Ministeriums.

Das Vorgehen der sudanesischen Regierung kann nicht akzeptiert werden. Allein dem internationalen Druck ist es zu verdanken, dass es Fortschritte bei der humanitären Hilfe insofern gegeben hat, dass die Hilfslieferungen zunehmend die Menschen in den Flüchtlingslagern erreichen.

Ich will es in aller Deutlichkeit sagen: Wir sehen die Situation im Sudan, insbesondere in der Krisenregion Darfur, nach wie vor mit allergrößter Besorgnis. Das Vorgehen der sudanesischen Regierung kann nicht akzeptiert werden. Allein dem internationalen Druck ist es zu verdanken, dass es Fortschritte bei der humanitären Hilfe insofern gegeben hat, dass die Hilfslieferungen zunehmend die Menschen in den Flüchtlingslagern erreichen. Alle Schwierigkeiten sind aber in dieser Hinsicht noch nicht beseitigt. Das spüren auch die deutschen Hilfsorganisationen. Die Bundesregierung hat bisher 33,5 Millionen Euro für humanitäre Hilfe, Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe zugesagt. Mit dem deutschen Anteil an den EU-Geldern liegen unsere Zusagen bei über 50 Millionen Euro.

Man überlege: Auf die Regierung eines Landes muss erheblicher Druck ausgeübt werden, damit sie es zulässt, dass Hilfe, die anderen Staaten viele Millionen Dollar wert ist, an die Bevölkerung eben dieses Landes verteilt werden kann. Die Schlussfolgerung ist zwingend: Es geht hier um den Versuch der Regierenden, eine bestimmte Volksgruppe mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ein Muster übrigens, das wir aus den Jahrzehnten des Bürgerkrieges zwischen Nord und Süd bereits kennen.

An Perversion ist die Situation nicht mehr zu überbieten. Man überlege: Auf die Regierung eines Landes muss erheblicher Druck ausgeübt werden, damit sie es zulässt, dass Hilfe, die anderen Staaten viele Millionen Dollar wert ist, an die Bevölkerung eben dieses Landes verteilt werden kann. Die Schlussfolgerung ist zwingend: Es geht hier um den Versuch der Regierenden, eine bestimmte Volksgruppe mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ein Muster übrigens, das wir aus den Jahrzehnten des Bürgerkrieges zwischen Nord und Süd bereits kennen.



Die Zielsetzung der deutschen Bundesregierung ist unverändert: Wir wollen alles dafür tun, dass weitere humanitäre Katastrophen verhindert werden können und wir unterstützen die Maßnahmen und Prozesse, die eine politische Lösung der Konflikte bewirken können. Wir fordern die sudanesischen Regierung und alle Konfliktparteien auf, die Gewalt zu beenden und auf friedlichem Weg nach Lösungen für Konflikte zu suchen.

An die sudanesischen Regierung geht der dringende Appell, die Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in allen Punkten umzusetzen, das heißt, vor allem die Reitermilizen zu entwaffnen und Angriffe zu unterlassen. Es muss der Weg frei gemacht werden, damit eine Friedenstruppe der Afrikanischen Union einen wirksamen Beitrag für Frieden und Stabilität leisten kann.

Auch die allgemeine Menschenrechtslage im Sudan ist durch schwerste Defizite gekennzeichnet. Der Ausnahmezustand, die strengen so genannten Sicherheitsgesetze und Verletzungen der

Pressefreiheit, der freien Religionsausübung und der Versammlungsfreiheit sind beunruhigend. Hinzu kommen schwere und schwerste Menschenrechtsverletzungen in den Bürgerkriegsgebieten. Menschen werden gefoltert und vergewaltigt, aber ihnen wird auch ihr Menschenrecht auf Nahrung und Bildung vorenthalten.

Nun hatte es, bevor die Situation in Darfur eskalierte, ermutigende Fortschritte im Friedensprozess zwischen Nord- und Südsudan gegeben. Allen Beteiligten muss aber klar sein, dass dieser Friedensprozess nur gerettet werden kann, wenn für Darfur und alle anderen Konfliktherde eine gesamtpolitische Lösung gefunden werden kann.

Meine Damen und Herren, die Menschenrechte, ihre Respektierung, ihr Schutz und ihre Förderung nehmen in der Politik der Bundesregierung einen zentralen Stellenwert ein, denn sie sind eine Voraussetzung für Frieden, Stabilität, Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung in der Welt. Deshalb haben die Menschenrechte auch in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine nicht mehr wegzudenkende Bedeutung als Querschnittsaufgabe erlangt. Mein Ministerium hat gerade einen Entwicklungspolitischen Aktionsplan für Menschenrechte erarbeitet, der unsere Entwicklungszusammenarbeit konkret an folgende Prinzipien bindet:

- *Impowerment*: Menschen sollen sich selbst organisieren und so politischen Raum und Institutionen zu ihren Gunsten gestalten und beeinflussen können.
- *Partizipation/Chancengleichheit/Nichtdiskriminierung*: Wir orientieren unsere Entwicklungspolitik systematisch an den Rechten der Menschen.
- *Transparenz/Rechenschaftspflicht*: Konkrete Pflichten und die Träger dieser Pflichten werden im Entwicklungsprozess stärker beachtet.

Der Aktionsplan umfasst 17 konkrete Maßnahmen für die kommenden drei Jahre. Dazu gehören unter anderem die Unter-

stützung des Aufbaus eines afrikanischen Menschenrechtsgerichtshofs, die Bildung eines regionalen Beratungsnetzwerkes zwischen arabischen Ländern, um berufliche Bildung für Frauen und Mädchen zu stärken, sowie die gezielte Förderung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte.

Herr Salih, Herr Alier, ich möchte Ihnen heute gerne mit auf den Weg geben, dass die deutsche Bundesregierung Ihr Anliegen, Frieden und Menschenrechte im Sudan zu verwirklichen, heute und in Zukunft tatkräftig unterstützen wird. All diejenigen, die die Darfur-Krise verfolgt haben, werden es wissen: Die deutsche Bundesregierung kann tatsächlich für sich in Anspruch nehmen, vehement und hartnäckig wie wohl keine andere Regierung dafür eingetreten zu sein, dass die drohende Katastrophe auf höchster Ebene der internationalen Staatengemeinschaft auf die Tagesordnung kommt und dass entsprechender Druck auf die sudanesishe Regierung ausgeübt wird. Wir werden uns auch in Zukunft für härtere Maßnahmen, auch für Sanktionen, einsetzen.

Ich hoffe, dass die internationale Staatengemeinschaft dazu gelernt hat, dass Menschenrechte und Menschenwürde nicht die Erfindung einiger weniger Staaten sind, sondern dass diese in unterschiedlichen Ausprägungen in allen Kulturen verankert sind, dass sie so etwas wie die gemeinsame Basis einer globalen Gemeinschaft sein müssen, wenn wir in Sicherheit, Solidarität und Mitmenschlichkeit leben wollen.

Der Sudan braucht in diesem Sinne Einmischung. Was er jedoch mindestens genauso dringend braucht, ist das Engagement von Frauen und Männern im Sudan, die Frieden schaffen und Menschenrechte verwirklichen wollen. Er braucht noch mehr Menschen, die das tun, was die heutigen Preisträger tun.

Herr Alier, Herr Salih – ich wünsche Ihnen viel Kraft in Ihrem Einsatz für Frieden und Menschen-

Der Sudan braucht in diesem Sinne Einmischung. Was er jedoch mindestens genauso dringend braucht, ist das Engagement von Frauen und Männern im Sudan, die Frieden schaffen und Menschenrechte verwirklichen wollen.

rechte, ich wünsche Ihnen viele Mitstreiter auf Ihrer Seite, ich wünsche Ihnen Erfolg mit Ihren Zielen und ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute. Seien Sie sich in schwierigen Zeiten gewiss – Sie haben hier viele Freunde, die alles tun werden, um verlässlich zu sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

KH
NG

Wer bringt dem Sudan den Frieden?

Menschenrechtspreis 2014

Abel Alier und Mahgoub Mohamed Salih

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG



Mrs. Alier, Abel Alier, mit einer Bekannten der beiden

Dankesrede

Abel Alier

Exzellenzen, Frau Ministerin, verehrte Mitglieder des Parlaments, Frau Vorsitzende, Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, meine Damen und Herren!

Ich danke Ihnen allen in meinem Namen, im Namen meines Landsmannes Mahgoub Mohamed Salih und aller Mitglieder der Delegation, die zu diesem Anlass aus Khartum angereist sind, einschließlich der Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Khartum.

In Berlin sind wir sehr herzlich von unseren Gastgebern der Friedrich-Ebert-Stiftung und durch die Berliner begrüßt worden. Wir haben eine wundervolle Stadtrundfahrt durch Berlin unternommen. Wir haben historische Stätten und Orte besichtigt, an denen öffentliche Entscheidungen getroffen werden. Unsere Gastgeber luden uns zu Treffen und Diskussionen mit wichtigen Persönlichkeiten der deutschen Gesellschaft ein. Wir hatten die Ehre, den Präsidenten des Bundestages, einige Vorsitzende von parlamentarischen Ausschüssen, die Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung und höhere Beamte des Außenministeriums zu treffen. Dies war eine interessante und wertvolle Erfahrung.

Der lange Bürgerkrieg im Sudan und der Ausbruch eines weiteren in Darfur waren die Diskussionsthemen während dieser Begegnungen. Der Bürgerkrieg im Sudan zeigt deutlich einen Anstieg von Menschenrechtsverletzungen. 4,6 Millionen Menschen wurden aus ihren Häusern im Südsudan, den Nuba-Bergen und Southern Blue Nile vertrieben, und etwa 1,2 Millionen Menschen erging es ebenso in Darfur. Mehr als zwei Millionen starben in den 21 Jahren des Bürgerkriegs im Südsudan – 30.000 oder mehr allein in den 18 Monaten des Konflikts in Darfur.

Menschenrechtspreis 2004

an Abel Alier und Mahgoub Mohamud Alih

Berlin, 22. September 2004



Daneben gibt es für die Menschen in den Kriegsgebieten und die daraus Flüchtenden mannigfache Gefahren für die Gesundheit, einen Mangel an Ausbildung und Nahrungsmittelproduktion sowie an Trinkwasser.

All dies sind machtvolle Mahnungen, dass der Respekt, der Schutz und die Wahrung von Menschenrechten eine Priorität auf der Agenda unseres Landes sein müssen, aber auch auf der vieler anderer Länder in Afrika und in der ganzen Welt. Was tun nun die an solchen Konflikten Beteiligten, um die Ursachen von Bürgerkriegen zu beseitigen?

Für den Südsudan haben die Regierung des Sudan und die Volksbefreiungsbewegung des Sudan (SPLM) zwischen September 2003 und Mai 2004 fünf wichtige Protokolle unterzeichnet. Diese decken alle Streitpunkte des Konflikts ab, wozu die Teilung der Macht und des öffentlichen Reichtums, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehören. Die beiden Parteien haben sich auf einen Grundrechtskatalog geeinigt, der auf elf internationalen und regionalen Konventionen zu Menschenrechten beruht. Er schließt Religionsfreiheit, Freiheit zu politischer Vereinigung so-

wie demokratische Wahlen, die von internationalen und regionalen Organisationen überwacht werden, ein.

In vier sehr wichtigen Punkten ist Einigung erzielt worden. Zunächst werden Oppositionsparteien in alle Aspekte der Vereinbarung einbezogen. Dieser Prozess begann Ende August in Ägypten; Ende September sollen die Gespräche wieder aufgenommen werden. Oppositionsparteien werden an der Übergangsregierung für Nationale Einheit teilhaben.

Zweitens ist nationale Versöhnung eine Komponente der Naivasha-Vereinbarungen. Sie ist ein Wert, der bei den meisten Volksgruppen des Sudan tief verwurzelt ist. Versöhnung war Teil der Friedensvereinbarung von 1972 und war auch ein Schlüssel für soziale Harmonie in Südafrika nach der Apartheid. Sie ist der Anreiz, zu einem Friedensabkommen zu gelangen. Deshalb sollte Versöhnung bei einem Friedensprozess für Darfur nicht ausgeschlossen werden.

Drittens haben beide Seiten in Naivasha vereinbart, ein föderales Regierungssystem im Sudan zu schaffen, eines, das auf politischen, sozialen und wirtschaftlichen Pluralismus und die Anerkennung der religiösen, kulturellen, rassischen, ethnischen und linguistischen Vielfalt des Landes gegründet ist.

Viertens ist die Selbstbestimmung der Menschen des Südsudan gesichert, die zwischen Abspaltung und Einheit mit dem Norden wählen können. Hierfür haben die Machakos-Gespräche und die Naivasha-Protokolle den Rahmen bereitet. Nebenbei, aber doch bedeutsam, sei bemerkt, dass die Menschen in Darfur keine Abspaltung anstreben, sondern eher für eine föderale Regierung plädieren.

Die Naivasha-Protokolle hätten nicht zustande kommen können, ohne vorher eine Einigung über das Ende der Feindseligkeiten erreicht zu haben. Das Hauptziel war hierbei, die Konfliktparteien zu befähigen, sich auf die Thematisierung der politischen Ursachen und nicht lediglich der Symptome des Konflikts

Nationale Versöhnung ist eine Komponente der Naivasha-Vereinbarungen. Sie ist ein Wert, der bei den meisten Volksgruppen des Sudan tief verwurzelt ist.

zu konzentrieren. Hat man sich erst auf die Einstellung von Feindseligkeiten verständigt, ist auch die Versorgung der Bedürftigen mit humanitärer Hilfe gesichert. Die Konfliktparteien in Darfur können von den Erfahrungen des IGAD-Forums profitieren.

Es ist notwendig, die frühen Schritte des Friedensprozesses in Darfur sowie die Naivasha-Protokolle noch einmal genau zu betrachten. Mit diesen Protokollen ist Großes erreicht worden. Dies kann hilfreich für eine baldige Lösung des Darfur-Konflikts sein, um die Menschenrechte in dieser Region zu schützen.

Gestern haben wir Klaus-Werner Jonas getroffen, Parlamentarier und Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wir waren begeistert von den Plänen der Bundesrepublik, die Hilfe für den Sudan auszuweiten, sobald Frieden geschlossen ist. Wir haben unsere Wertschätzung für diesen Plan ausgedrückt und außerdem zu bedenken gegeben, dass die freiwillige Repatriierung von etwa 5,7 Millionen Vertriebenen weitere wirtschaftliche Hilfe von Seiten der Bundesrepublik Deutschland notwendig machen würde. Deutschland hat den Sudan nach dem Abkommen von Addis Abeba 1972 außerordentlich unterstützt. Der Beitrag Deutschlands im Gesundheitswesen, Straßenbau und bei der Ausweitung der Landwirtschaft ist bis heute herausragend!

Eure Exzellenz, Frau Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul und Frau Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Anke Fuchs, Ihre freundlichen Worte über Mahgoub und mich sind sehr tief Sinnig. Wenn ich Sie beide höre, habe ich das Gefühl, ich hätte mehr zum Schutz der Menschenrechte tun sollen. Ich verspreche, dass ich in Zukunft in Anerkennung dieser Ehre mehr tun werde. Der Preis, den Sie mir verleihen, ist ein Preis für viele Kollegen im Juristenberuf und für all diejenigen, die sich verpflichtet fühlen, sich für Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit einzusetzen. Ihnen beiden und allen Mitarbeitern der Friedrich-Ebert-Stiftung danke ich für die drei aufregenden Tage in Berlin in Ihrer Gesellschaft.

Dankesrede

Mahgoub Mohamed Salih

Lassen Sie mich zunächst meine tiefe Dankbarkeit gegenüber der Friedrich-Ebert-Stiftung dafür ausdrücken, dass sie meinem Freund Sayed Abel Alier und mir ihren jährlichen Preis für Menschenrechte und Frieden verliehen hat. Ich betrachte diesen sehr bedeutenden Preis als große Ehre. Ich betrachte ihn nicht als Preis für mich persönlich, sondern für die Tausende Männer und Frauen im Sudan, die täglich unter schwierigen Bedingungen dafür kämpfen, Frieden zu schaffen sowie die Menschenrechte, Menschenwürde und Freiheit zu bewahren, unabhängig davon, welcher Ethnie, welcher Religion man sich zugehörig fühlt. Wir nehmen diesen Preis in ihrem Namen entgegen, denn tatsächlich gebührt er ihnen.

Für mich ist dieser Preis eine Ehrung all dieser Menschen und ein Anreiz, weiterzukämpfen. Der Sudan braucht solche hohen



Ideale und Werte, wenn wir in Zukunft die schwierigen Herausforderungen bestehen möchten.

Ich möchte ebenfalls den Deutschen danken und darauf verweisen, dass Deutschland bis zu den 1970er Jahren ein aktiver Entwicklungspartner des Sudan war. Doch auch in letzter Zeit, vor allem in der gegenwärtigen Krise in Darfur, stand Deutschland in vorderster Reihe der Spender humanitärer Hilfe. Wir hoffen, sobald erst Frieden geschaffen ist, dass die deutsch-sudanesischen Entwicklungszusammenarbeit wieder aufgenommen und gestärkt wird.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, dass ich Friedrich Ebert zitiere, den Mann, dessen Namen diese Stiftung trägt. Er sagte einst:

„Ohne Demokratie wird es keine Freiheit geben. Die Demokratie zu schützen und wiederherzustellen, wann immer sie in Gefahr ist, ist die Aufgabe derer, die die Freiheit in Ehren halten.“

Trotz wachsender Bedrohung der Demokratie steigt die Zahl derer, die die Freiheit wertschätzen und bereit sind, die Demokratie zu verteidigen, glücklicherweise immer mehr an. Lasst alle Verteidiger der Freiheit ihre Kräfte vereinen, denn die Geschichte ist auf ihrer Seite! Sie mögen sicher sein, dass sie trotz aller Hindernisse am Ende den Sieg davontragen werden.

Der Kampf für Frieden und Menschenrechte ist letztlich ein Kampf für die Demokratie, für Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance und Menschenwürde. Dies sind universal gültige Wertvorstellungen. Sie kennen keine Grenzen. Wir alle müssen uns ihnen verpflichtet fühlen und daran arbeiten, dass sie überall auf der Welt verwirklicht werden.

Unser Land, der Sudan, hat sehr gelitten, weil er diese hohen Ideale aufgegeben hat. Es ist höchste Zeit, dass wir sie wiederherstellen und schützen. Wir haben bereits einen hohen Preis bezahlt. Wir haben an inneren Konflikten und Unfrieden gelit-

Der Kampf für Frieden und Menschenrechte ist letztlich ein Kampf für die Demokratie, für Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance und Menschenwürde. Dies sind universal gültige Wertvorstellungen.

„Gibt dem Sudan den Frieden?“

Menschenrechtspreis 2004

Abdullahi Mohamed Ali und Mahgoub Mohamed Salih

Berlin, 22. September 2004



ten, dem Verlust von Menschenleben und Besitz, sahen uns Bürgerkriegen und Katastrophen ausgesetzt, außerdem der Verweigerung von Grundrechten, zusätzlich zu Armut und Unterentwicklung. Doch wir sind entschlossen, diese Trends umzukehren. Das ist nicht einfach, aber es ist auch nicht unmöglich. Mehr und mehr Menschen im Sudan begreifen das und verschreiben sich freiwillig diesen hehren Idealen. Sie wissen, dass, wenn sie den Kampf gewinnen wollen, sie ihre Reihen schließen und mit Entschlossenheit und Hingabe handeln müssen.

Es mag für einige von uns entmutigend sein festzustellen, dass wir gerade das Ende des Bürgerkrieges im Südsudan feiern wollten, der zwei Jahrzehnte lang tobte, und schon bricht ein neuer Krieg in Darfur im Westen des Landes aus. Das ist katastrophal, doch wir sollten diesem Rückschlag nicht erlauben, unsere Entschlossenheit zu schwächen, unsere engagierte Friedensarbeit fortzusetzen – und das nicht nur für diese unruhige Region. Sie ist die Grundvoraussetzung für Frieden und Stabilität im Sudan. Es geht um eine umfassende Lösung aller Probleme des Sudan. Darfur ist nur eine weitere Herausforderung auf einem

langen und schwierigen Weg, auf dem es viele Enttäuschungen und Rückschläge gab. Aber wir müssen nach vorn sehen und dürfen uns nicht zurückziehen.

Diese These mag zu optimistisch klingen für viele, die die täglichen Nachrichten über diese Katastrophe verfolgen. Doch für uns, die mit dieser Tragödie leben, hat sie ihren Höhepunkt erreicht und muss sich jetzt auf eine Lösung zubewegen, forciert durch lokalen, regionalen und internationalen Druck.

Es ist ermutigend, dass viele Menschen in der ganzen Welt bereit sind zu helfen und unsere Bemühungen zu unterstützen. (...) Doch es sind die Sudanesen, die dem Sudan Frieden bringen müssen.

Es ist ermutigend, dass viele Menschen in der ganzen Welt bereit sind zu helfen und unsere Bemühungen zu unterstützen. Das ist befriedigend und anspornend. Doch es sind die Sudanesen, die dem Sudan Frieden bringen müssen. Das ist unsere Pflicht und Verantwortung, und es ist eine Verantwortung, die nicht von anderen erfüllt werden kann. Wir sind es, die dies auf sich nehmen müssen, und wir werden es tun. Es ist schon

genug, dass wir in diesem Kampf nicht allein sind, doch wir müssen in vorderster Front stehen. Wir schulden Ihnen, die uns mit diesem Preis geehrt haben, dass wir vor unserer Verantwortung nicht zurückschrecken.

Ich bin sicher, dass wir uns auf die Unterstützung des deutschen Volkes in unserem Kampf für Frieden und Stabilität verlassen können. Mit dem Beistand der internationalen Gemeinschaft und mit den immer größer werdenden Anstrengungen des sudanesischen Volkes bin ich zuversichtlich, dass wir unsere Aufgabe schon bald zum Besten unseres ganzen Volkes erfüllen werden. Wir versichern Ihnen, dass wir keine Anstrengung scheuen werden – auf welche Schwierigkeiten wir auch immer stoßen werden.

Herzlichen Dank Ihnen allen!



Kreisler Quartett



Gerhart Rudolf Baum im Gespräch mit Ali el Haq (Vertreter des Popular National Congress in Deutschland)

Ein freies Wort im Land des Terrors
Warum ein Sudanese einen deutschen Preis erhält
von Marina Küchen
Die Welt, 4. Oktober 2004

Es sind die Augen, die das Alter von Mahgoub Mohamed Salih verraten. Sie schauen ihr Gegenüber wach und prüfend an. Weisheit liegt in ihnen, Lebenserfahrung, und jugendlicher Elan. Salih ist eine Symbolfigur des freien Journalismus im Sudan, einem Land, das durch Menschenrechtsverletzungen in den letzten Monaten Schlagzeilen macht. Und er weiß, daß es in seiner Heimat eine lange Tradition des Unrechts gibt – Salih ist 76 Jahre alt. Gerade war er in Berlin, um den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung entgegenzunehmen.

„Es ist eine Lebensaufgabe, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu streiten“, sagt er. „In diesem Kampf geht man nicht in Rente.“ Dabei liegen hinter Mahgoub Mohamed Salih über fünfzig Jahre journalistischer Arbeit unter widrigen Umständen. Mit 21 Jahren entschloß er sich, Journalist zu werden, arbeitete für den englischsprachigen „Sudan Star“. 1953 gründete er mit zwei Gleichgesinnten die Tageszeitung „Al Ayam“. Der Sudan hätte eine professionell gemachte arabische Tageszeitung dringend nötig, befanden sie. Salih stammt aus einer Arbeiterfamilie. Die drei jungen Männer starteten mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren, nach einem Jahr machten sie erstmals Gewinn. Jahre später sollte „Al Ayam“ täglich 100.000 Exemplare verkaufen.

Drei Militärregime erlebte Mahgoub Mohamed Salih. Seine schlimmste Prüfung hatte er in den 70er Jahren zu bestehen. Damals wurden alle Zeitungen nationalisiert, und „Al Ayam“ wurde von der Regierung herausgegeben. Ihn schmerzt der Glaubwürdigkeitsverlust, den seine Zeitung damals erlitt, noch immer. Er spricht von den damaligen Militärmachthabern nur noch verächtlich als „Taschendieben“. Salih hat sich nicht entmutigen lassen. Er überbrückte die Zeit, indem er für ausländische Zeitungen arbeitete und Bücher druckte. Er kümmerte sich um seine fünf Söhne und eine Tochter.

Das letzte Militärregime unter Omar Al Bashir ist seit dem Putsch von 1989 an der Macht. Der Umgang der Militärmachthaber mit der Presse weist über die Jahrzehnte hinweg große Ähnlichkeiten auf: politische Einflußnahme, Zensur, Druckverbot, Schließung und sogar Verhaftung von Redakteuren. Auch Salih saß mehrere Male im Gefängnis, zuletzt im Januar 2004. Mit dem Vorwurf, er habe Steuern unterschlagen, wollte man seiner kontinuierlichen Kritik an den Repressionen und Menschenrechtsverletzungen des Regimes Einhalt gebieten. Drei Tage wurde Salih festgehalten, doch ihm war nichts nachzuweisen. „Sie sind gut mit mir umgegangen“, erzählt er. „Ich bin zu bekannt, als daß sie mir etwas anhaben könnten.“ Später sagt er, daß er auch deshalb noch immer als Herausgeber von „Al Ayam“ arbeitet – ein jüngerer und weniger bekannter Mann hätte weniger gute Chancen im Kampf mit Khartoum.

Seit der Gründung von „Al Ayam“ gab es in der Zeitung eine Frauenseite. „Das war selbstverständlich für uns“, sagt Salih. Er, der gläubige Moslem, hat die Gleichberechtigung der Frauen in seiner Heimat nie in Frage gestellt und agiert auch heute noch als ihr Fürsprecher. Dazu setzt sich Salih, der sich politisch „links von der Mitte“ einordnet, für Umweltschutz und die Belange von Jugendlichen ein. Im „Komitee der Zehn“, einer Art zivilgesellschaftlichem Rat der Weisen, vermittelt er zwischen allen politischen Gruppen des Landes.

„Al Ayam“ hat seit Beginn der Krise kritisch über den aktuellen Konflikt in Darfur zwischen den Rebellen und der Regierung berichtet. „Wir sahen die Eskalation schon früh kommen“, sagt Salih traurig. Seine Augen sehen auf einmal sehr, sehr alt aus. Seine 32 Redakteure schreiben schon lange über die Greuelthaten in Darfur, bevor die Medien in Europa auf die Menschenrechtsverletzungen aufmerksam wurden. Langfristig sieht er für die staatliche Einheit des Sudan nur dann eine Überlebenschance, wenn diese eine gewisse Autonomie erhalten.

Seinen sechs Kindern hat Salih die Berufswahl freigestellt – und keines von ihnen wollte Journalist werden oder gar seine Nachfolge antreten. Immerhin promoviert einer seiner Söhne in Leipzig über Medienrecht in Entwicklungsländern – aber der will nie in den Sudan zurückkehren.

Sudan braucht eine föderale Lösung

Abel Alier: Das Naivasha-Abkommen für Südsudan

ist auch ein Modell für Darfur

von Martin Ling

Neues Deutschland, 29. September 2004

Wer bringt dem Sudan den Frieden?

Menschenrechtspreis 2004



Der Journalist Mahgoub Mohamed Salih (3.v.l.) sowie der Friedenspolitiker und ehemalige Präsident Südsudans, Abel Alier (2.v.l.), erhielten letzte Woche den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Die Laudatio hielt Entwicklungsministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul (l.), die Verleihung nahm die FES-Vorsitzende Anke Fuchs (r.) vor. Der Nordsudanese Salih und der Südsudanese Alier sind als nationale Symbolfiguren in allen Landesteilen anerkannt. Über Ansätze zur friedlichen Lösung der Konflikte in Sudan sprach ND mit Abel Alier.

ND: Der Konflikt im westsudanesischen Darfur ist Gegenstand mehrerer Resolutionen im UNO-Sicherheitsrat. Was kann die internationale Gemeinschaft tun, um diesen Konflikt beizulegen?

Alier: Die internationale Gemeinschaft sollte weiter auf eine politische Lösung drängen – der Wille ist bei ihr sicher da. Eine Ausweitung des Krieges muss auf alle Fälle vermieden werden. Es gibt die Erfahrung aus Südsudan, dass es zu keiner Verhandlungslösung kommen kann, solange die Feindseligkeiten anhalten. Die Einhaltung des Waffenstillstands wäre ein erster Schritt für eine Atmosphäre, die eine Verhandlungslösung erlaubt.

Internationaler Druck ist dafür hilfreich?

Ja. Aber den Einsatz von Waffengewalt lehne ich als Pazifist ab. Der Konflikt muss politisch und friedlich gelöst werden. Das ist sicher kompliziert. Aber die Erfahrung zeigt, dass Konflikte mit Gewalt nicht gelöst, sondern dass nur neue erzeugt werden.

Wie schätzen Sie die derzeitige Situation in Darfur ein?

Sie ist katastrophal. 1,2 Millionen Menschen wurden vertrieben. Es gibt eine tiefe humanitäre Krise, die andauern wird, wenn es nicht gelingt, eine politische Lösung zu finden. Zunächst muss eine für Verhandlungen förderliche Umgebung geschaffen werden: ein Waffenstillstand, keine negative Medienberichterstattung, keine gegenseitigen Verleumdungen der Konfliktparteien und ein Stopp der Feindseligkeiten.

Welche Rolle spielen die Erdölvorkommen für die Konflikte in Sudan und speziell in Darfur?

Der erste Bürgerkrieg war von 1955 bis 1972. Während dieser Zeit waren noch keine Erdölvorkommen entdeckt. Erst nach dem Friedensabkommen 1972 begannen Erkundungen und erst 1978 wurde Öl entdeckt – vom USA-Konzern Chevron und vom französischen Multi Total Fina. Nachdem Khartum das Friedensabkommen 1983 aufgekündigt hatte, flammte der Krieg wieder auf und die Konzerne verließen das Land. Später wurden weitere Erdölvorkommen entdeckt, die meisten im Süden, aber auch in Grenzgebieten zum Norden. Öl ist sicher ein Faktor, aber die Geschichte zeigt, dass dieses Öl für die Konflikte in Sudan nicht zentral ist.

Sie waren der erste Präsident der Regionalregierung von Südsudan, die während der friedlichen Periode von 1972 bis 1983 – zwischen den beiden Bürgerkriegen – amtierte. Können Sie sich eine ähnliche Friedenslösung vorstellen wie damals?

Sicher. Die Verhandlungen zwischen der Regierung in Khartum und der südsudanesischen Rebellenbewegung SPLA im kenianischen

Naivasha brachten sogar viel weitergehende Ergebnisse als das damalige Friedensabkommen von Addis Abeba, das ich selbst mit ausgehandelt habe. In Naivasha wurde viel vereinbart, was sich auch auf Darfur anwenden lässt. Man einigte sich auf ein föderales Regierungssystem mit weitgehender Autonomie für die Regionen und Staaten, auf demokratische Teilhabe aller Parteien, auf das Recht auf Parteienbildung und auf allgemeine Wahlen, die von regionalen und internationalen Beobachtern überwacht werden. Zudem gelten die Grundsätze der Herrschaft des Rechts und der gerechten Machtteilung. Dafür hat sich das Zentrum bereit erklärt, Macht an die Regionen abzugeben – einschließlich Darfur.

Glauben Sie, dass das föderale System auch eingeführt wird?

Ja. Die Zentralregierung hat einiges aufgegeben, wozu sie lange nicht bereit war. Außerdem ist im Naivasha-Abkommen für 2008 in Südsudan ein Referendum angesetzt. Deshalb ist es für die Regierung wichtig, ein föderales System einzuführen, so dass jede Region sagen kann: Wir haben Macht. Nur dann werden sich die Menschen im Süden gegen eine Sezession aussprechen, nur dann werden sie sich für die Einheit aussprechen.

Naivasha kann also als Modell für die Lösung des Nord-Süd-Konflikts wie auch für Darfur dienen?

Auf alle Fälle. Es gibt sechs Regionen in Nord- und drei in Südsudan. Naivasha deckt alle Regionen ab. Wenn es einzelne Aspekte gibt, die in punkto Darfur durch das Abkommen noch nicht geregelt sind, dann müssen sie nachverhandelt werden. Aber im allgemeinen ist ein föderales System der Lösungsansatz. Deutschland ist ein Beispiel für ein funktionierendes Föderalsystem.

Sind Sie davon überzeugt, dass die Regierung in Khartum wirklich eine politische Lösung anstrebt und das Naivasha-Abkommen einhält?

Ja. Es liegt im Interesse der Regierung in Khartum. Andernfalls bekommt sie große Probleme.



Podiumsdiskussion

Wer bringt dem Sudan den Frieden?

Teilnehmer:

Abel Alier

Vizepräsident des Sudan a.D.,

Präsident der Regionalregierung des Südsudan a.D.

Mahgoub Mohamed Salih

Journalist, Mitbegründer und Herausgeber
der Tageszeitung Al Ayam

Mohammed Mahjoub Haroun

Journalist

Gerhart Rudolf Baum

Bundesminister a.D.,

ehemaliger UN-Beauftragter für die Menschenrechte im Sudan

Klaus-Werner Jonas, MdB

Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Marina Peter

Sudanexpertin, Sudan Focal Point – Europe

Moderation: **Conny Czymoch**, PHOENIX

Bitte geben Sie uns eine kurze Einführung und erläutern uns dann, welcher Aspekt der Sudan-Krise Ihnen am meisten am Herzen liegt.

Salih: Im Augenblick denken alle Menschen, wenn sie Sudan hören, an Darfur. Doch der Sudan ist natürlich viel komplexer. Er ist das größte Land in Afrika und ein sehr diverses Land: Geographisch reicht es von der Wüste im Norden bis zum tropischen Wald im Süden. Dann haben wir kulturelle, ethnische und auch religiöse Unterschiede. Die Herausforderung für uns ist, eine Einheit in der Unterschiedlichkeit zu schaffen. Das ist nicht spezifisch für den Sudan, denn es gibt viele afrikanische Länder, die vor der gleichen Herausforderung stehen, weil die Gesellschaft eine Stammesgesellschaft ist, weil die Menschen unterschiedlicher ethnischer Ursprünge sind. In unserem Fall ist der Unterschied so groß gewesen, dass selbst bevor wir unabhängig wurden, wir eine Rebellion im Süden hatten. Im August 1959 brach in Tore ein Aufstand aus, und von da an bis heute hatten wir immer mit Konflikten zu tun – außer zwischen dem Jahr des Abkommens von Addis Abeba, 1972, und dem Jahr 1983.

Demzufolge geht es nicht nur um Darfur. Darfur ist kürzlich wegen des Bürgerkriegs, der dort ausgebrochen ist, in die Schlagzeilen gekommen. Aber Konflikte hatten wir bereits 1955. Wir haben immer geglaubt und meinen auch heute noch, dass der Konflikt im Sudan nur durch die Sudanesen gelöst und dass Frieden im Land nur von den Sudanesen selbst geschaffen werden kann. Die Rolle der internationalen und regionalen Gemeinschaft ist, uns zu unterstützen, aber sie können diese Aufgabe für uns nicht lösen. Es ist unsere Pflicht und unsere Aufgabe, das selbst zu tun.

Wir sind in der Vergangenheit dieser Aufgabe erfolgreich nachgegangen. 1965 hatten wir in Khartum eine Konferenz am Runden Tisch, haben Initiativen entwickelt und waren uns selbst damals im Klaren, welche Beiträge regional und international



geleistet werden können. Deshalb hatten wir Teilnehmer aus dem Ausland eingeladen und haben auf die Schwierigkeiten hingewiesen. Ich war damals der Sekretär der Medien und Alier war einer der Teilnehmer – in den letzten 40 Jahren sind wir beide also dabei gewesen. Wir wissen, dass wir Sudanesen die Fähigkeit haben, aber leider im Moment nicht den politischen Willen. Der Katalysator fehlt im Moment.

Aufgrund eigener Initiativen ist es 1972 zum Addis-Abeba-Abkommen gekommen. Das Abkommen hat ungefähr zehn Jahre gehalten. Alier war als Mitglied des Exekutivrats im Süden einer der Architekten. Wir haben also Erfahrungen mit dem Dialog, mit Gesprächen am Runden Tisch, mit erfolgreichen Abkommen wie dem von Addis Abeba.

Dann brach 1983 der Krieg wieder aus. Als wir uns nun der Lösung des Konflikts im südlichen Sudan näherten, brach der Bürgerkrieg in Darfur aus. Jetzt haben wir die schlimme Situa-

tion, dass wir ein Abkommen haben, das nicht vollständig abgeschlossen worden ist, und gleichzeitig versuchen müssen, auch ein Abkommen in Bezug auf Darfur zu schließen. Aber das sollte man nicht getrennt sehen. In den Einzelheiten bestehen Unterschiede, aber im Großen und Ganzen geht es um die Verteilung von Macht und Reichtum, um Demokratie. Denn ohne Demokratie wird keiner dieser Konflikte gelöst werden können. Und ohne Partizipation und Transparenz, ohne Menschenrechte, ohne das Verständnis und die Akzeptanz der Unterschiede werden wir keinen Fortschritt erreichen können.

Die internationale Gemeinschaft interessiert sich im Moment für den Sudan wegen der humanitären Krise, wegen der vielen Todesfälle, wegen der Vergewaltigungen. Doch wenn wir uns nicht mit den wirklichen Ursachen des Problems befassen, dann werden wir die Situation einfach nicht verändern können. Wir müssen uns fragen: Wo sind die Wurzeln? Die Menschen sollten sich auf das Gesamtbild konzentrieren. Die regionale und internationale Gemeinschaft sollten sich als Kräfte sehen, die uns helfen, und wir sollten sehen, dass die Lösung eine sudanesische Lösung sein muss.

Der Konflikt in Darfur ist zweiseitig: Es besteht einerseits das Problem zwischen dem Zentrum des Landes und der Region, aber andererseits auch das Problem des Konflikts innerhalb der Region. Selbst wenn sich die Zentralregierung aus der Region zurückzieht, kann kein Frieden in Darfur erreicht werden. Die Menschen werden sich weiter bekämpfen. Deshalb müssen wir uns auf die Ursache des Problems konzentrieren.

Welche Aspekte, die damals zum Friedensabkommen von Addis Abeba geführt haben, sind auch heute noch möglich? Welche Fehler von damals kann man heute vielleicht vermeiden?



Alier: Der Südsudan hat zwei Erfahrungen gemacht, die für die Situation heute wichtig sind. 1972 hat es die gleichen Diskussionen darüber gegeben, wie eine Lösung gefunden werden kann für die Probleme, vor denen die Zentralregierung und die Menschen im Südsudan standen. Es war bekannt, dass die Regierung in Khartoum und die Volksbefreiungsarmee des Sudan (SPLA) im Süden sich über das Fernsehen und die Presse gegenseitig schlecht machten. Diese Atmosphäre hat sicher nicht zu positiven Gesprächen und einer Lösung beigetragen. Es war also wichtig, eine Atmosphäre zu schaffen, die beiden Parteien die Möglichkeit gibt, politische Probleme sachlich zu diskutieren. Es gab Gespräche über einen Waffenstillstand. Es war klar, dass der natürlich nach der Lösung der politischen Probleme innerhalb dieses Konfliktes kommen müsste.

Zu jener Zeit wurde von den beiden Parteien darüber entschieden, dass es eine Beendigung der Feindseligkeiten geben müsste, dass beide Parteien ihre Waffen zur Seite legen sollten. Zweitens, dass die Feindseligkeiten, die über die Medien ausgetauscht wurden, aufhören sollten. Und drittens, dass keine der

beiden Parteien die andere Partei direkt angreifen sollte. Das wurde dann auch erreicht. Die Presse und andere Medien erhielten Informationen, auf die sich die Parteien geeinigt hatten.

Für mich sieht es so aus, als wäre dieser Ansatz auch heute sinnvoll und wichtig. Vor Naivasha haben die Parteien auch einen Waffenstillstand diskutiert, der aber aus verschiedenen Gründen nicht akzeptabel war. Sie waren anfangs auch nicht bereit, die Feindseligkeiten auszusetzen. Aber letzten Endes haben sie sich darauf geeinigt, dass das der sinnvollste Weg sei. Denn nur so kann man für zwei Dinge die richtige Atmosphäre schaffen: Erstens, dass die Parteien die politischen Themen angehen können, um wirklich Frieden zu schaffen, und zweitens, dass eine Aussetzung dieser Feindseligkeiten die angemessene Atmosphäre für internationale und regionale humanitäre Hilfe bereitet. Denn der Zugang humanitärer Hilfsorganisationen zu den betroffenen Kriegsregionen würde vereinfacht werden. So ist es auch gekommen.

Was Darfur betrifft, haben sich die Parteien nicht für eine Aussetzung der Feindseligkeiten entschieden, sie haben noch nicht einmal darüber gesprochen. Sie haben ein Abkommen über einen Waffenstillstand unterzeichnet. Ich glaube, das war eher ein taktischer Schritt, denn keine der beiden Parteien hatte wirklich vor, diesen Waffenstillstand einzuhalten.

Die Frage ist also, wie die Parteien mit Hilfe aller beteiligten Gruppen und Organisationen und Regierungen im Sudan Frieden schaffen können. Sie müssen ihre ursprünglichen Positionen für einen taktischen Waffenstillstand neu überdenken. Es wäre sinnvoller, die Waffen nicht abzugeben, sondern sie quasi unter den Arm zu klemmen, ohne sie zu benutzen. Dann würden die Parteien merken, dass es keinen Sinn macht, negativ über die andere Seite zu sprechen.

In Darfur konzentriert man sich nicht auf eine politische Lösung. Es wird über Sicherheit und ähnliche Themen gesprochen, aber die Menschen, die aus Darfur vertrieben wurden,

können von den Leistungen der internationalen Gemeinschaft bisher nicht profitieren.

Nach dem Friedensabkommen von Addis Abeba stellte sich die Frage der Umsetzung. Die im Südsudan regierende SPLA kam hier auf die Idee der Involviertheit. Mitglieder der Zentralregierung waren aber dagegen. Fünf Jahre später wurde von der Zentralregierung und einigen Oppositionsgruppen ein Abkommen geschlossen, doch das war auch nur ein taktischer Schritt und kein Schritt, der zu wirklicher Versöhnung der wichtigsten politischen Gruppen im Sudan geführt hätte. Das hat letzten Endes also nicht zu einem umfassenden Frieden, sondern eher zu einer Missachtung des Abkommens von Addis Abeba geführt. Darauf folgte ein neuer Bürgerkrieg.

Deshalb müssen die Parteien ihre bisherigen Schritte neu überdenken. Ein wichtiger Teil des Abkommens war die Versöhnung. Es muss Versöhnung geben. Sie ist im Allgemeinen akzeptiert worden. Es ist ein Wert, den alle im Sudan annehmen. Man sagt, wenn man sich streitet, setzt man sich zusammen, findet eine Einigung, versöhnt sich und versetzt sich damit in eine Situation, dass man sich nie wieder streitet. Das hat man auch in Naivasha akzeptiert. Man hat alle Parteien hinzugezogen, auch die, die nicht am Verhandlungstisch saßen.

Die Versöhnung ist aber in Darfur in Frage gestellt. Die Menschen haben eher den Eindruck, wenn dieses Abkommen umgesetzt wird, dass dann einige Personen, die dort aktiv waren, international strafverfolgt werden. Das ist meiner Ansicht nach kein Anreiz, ein Abkommen zu erreichen. Denn wenn Sie mich heute auffordern, zu einer Lösung zu kommen, und Sie mich danach zum Galgen führen wollen, dann werde ich keine Bereitschaft dazu zeigen. So sieht es in Darfur zur Zeit aus. Ich glaube, dass der Ansatz in Bezug auf Darfur zu mehr und mehr Konfrontation führen kann, seitens der örtlichen Bevölkerung und der

Ein wichtiger Teil des Abkommens war die Versöhnung. Es muss Versöhnung geben. Sie ist im Allgemeinen akzeptiert worden. Es ist ein Wert, den alle im Sudan annehmen.

internationalen Gemeinschaft. Die Parteien sollten ihre Feindseligkeiten einstellen, damit ein Zeichen gesetzt wird, dass Versöhnung gewollt wird.

Dann geht es natürlich um die Umsetzung eines Abkommens. Das Abkommen von Naivasha spricht alle Probleme des Sudans an. Aufgegriffen werden Fragen der Macht, des Reichtums und der Demokratie, der freien Wahl und der Grundgesetzmäßigkeit des Verfassungsstaates – alles, was man für den Frieden in den Nationalstaaten Afrikas braucht. Es gibt also keinen Grund, warum man sich das nicht auch für den ganzen Sudan vornehmen sollte.

Was liegt Ihnen im Bezug auf den Sudan am meisten am Herzen?

Baum: Warum sitzen wir hier, warum mischen wir uns überhaupt ein? Menschenrechtspolitik ist immer Einmischung. Wir müssen die Opfer schützen. Die Regierung im Sudan schützt die Opfer nicht, im Gegenteil: Sie verfolgt die Menschen. Sie ist nicht in der Lage und nicht willens, Teile der eigenen Bevölkerung vor Hunger und Mord zu schützen. Das ist eine Aufgabe, die heute in Form einer neuen Weltinnenpolitik von außen diskutiert wird. Deshalb haben sich der Sicherheitsrat, das Europäische Parlament, das deutsche Parlament und die Regierungen verschiedener Länder mit der Lage im Sudan befasst. Nicht in dem Sinne, dass wir den Sudan bevormunden wollen. Wir wollen ihm helfen. Das Naivasha-Abkommen war ein ganz wichtiger Schritt zur Versöhnung. Ich muss meinen Hut ziehen vor beiden Seiten, dass sie so weit gekommen sind.

Das Naivasha-Abkommen war ein ganz wichtiger Schritt zur Versöhnung. Ich muss meinen Hut ziehen vor beiden Seiten, dass sie so weit gekommen sind.

Das Land hat ein Potenzial für Frieden und Entwicklung. Wir standen vor der Hoffnung, dass sich das viel schneller entwickeln könnte, als es tatsächlich geschehen ist. Die Lage hat sich dramatisch verschlechtert, und das hat auch Einfluss auf das Verhältnis



zwischen Nord und Süd. Es war ein Defizit der Nord-Süd-Verhandlungen, dass sie eben nur zwischen dem Norden und dem Süden des Sudan geführt worden sind und nicht alle Teile des Landes einbezogen haben. Kundige Beobachter sagen uns, dass eine der politischen Ursachen für diesen Aufstand in Darfur darin besteht, dass die Marginalisierung der Region nicht aufgehoben wurde. Das Geld aus den Öleinnahmen wurde nur zwischen Nord und Süd verteilt, nicht auch zwischen den anderen Gebieten des Landes. Zwar ist im Naivasha-Abkommen ein föderalistisches System vorgesehen, aber die Menschen in Darfur und anderen nördlichen Regionen fühlen sich ausgeschlossen. Das ist eine ganz große Gefahr. Ich habe schon seit Jahren in meinen Berichten betont, dass dieser Konflikt in Darfur, den wir vor zwei Jahren schon haben kommen sehen, das ganze Land destabilisiert und möglicherweise auch die Region.

Neueste Berichte sagen uns, das Regime in Khartum ist außergewöhnlich nervös geworden, es finden Razzien und Verhaftungswellen in den Stadtvierteln statt. Es ist möglicherweise an einem Punkt angelangt, an dem es um sein Überleben geht. Diese Situation im Norden betrifft viele Menschen, die keine

Loslösung vom Gesamtstaat wollen, sondern Autonomie im Gesamtstaat. Dies ist eines der Hauptprobleme. Naivasha wird nur Bestand haben, wenn man die anderen einbezieht.

Es ist richtig, dass die Kraft zum Frieden von innen kommen muss. Wir müssen mit denen reden und die ermutigen, die den Frieden wollen und verwirklichen können. Wir müssen also alle unsere Bemühungen darauf richten, auch im Darfur-Konflikt zu Friedensverhandlungen zu kommen. Die politische Lösung muss die Marginalisierung angehen. Es darf nicht so sein, wie es heute aussieht, dass die Regierung einen politischen Konflikt militärisch lösen will. Sie rüstet auf, kauft überall in der Welt Waffen und in großem Stil Fahrzeuge in Deutschland. Wir sind also nicht sicher, ob die Regierung bereit ist, eine friedliche Lösung zu ermöglichen, denn bisher ist alles, was von der internationalen Gemeinschaft aufgeschrieben wurde, nicht realisiert worden. Alle Entschließungen und Konferenzen haben die Lage der Menschen kaum verändert. Sie leben in Not und Lebensgefahr, jetzt, wo wir hier sitzen. Obwohl das Problem zum ersten Mal sehr spät im April im Sicherheitsrat behandelt wurde. Obwohl es zahllose Resolutionen gibt. Sie sind nicht erfüllt worden. 300 ausländische Beobachter sind in einer Region Darfur, die größer ist als Frankreich. Fachkundige sagen, wir brauchen 5.000, 10.000. Nichts ist passiert.

Wir müssen zunächst die Menschen vor dem Tode retten, dem Hunger und den Entbehrungen, denen sie ausgesetzt sind. Dann müssen wir uns um den Frieden kümmern, wofür Naivasha ein Vorbild sein kann. Es führt kein Weg daran vorbei – und hier widerspreche ich meinem Vorredner – dass man eine internationale Untersuchung über die wirklich Verantwortlichen durchführt. Wir sind heute in der internationalen Politik weit weg von der früheren Straflosigkeit. Wir kennen die Täter zum großen Teil beim Namen. Der Sicherheitsrat hat zum Glück eine internationale Untersuchungskommission eingesetzt.



Einmischung von außen – ja, aber wie?

Haroun: Was den Konflikt im Sudan betrifft, denke ich, dass es drei wichtige Punkte gibt, die wir hier unterstreichen müssen: Erstens: Der Konflikt im Sudan hat viele Dimensionen. Zweitens muss das sudanesisches Volk hier die Hauptrolle spielen, wenn es darum geht, Frieden und Stabilität zu schaffen. Drittens müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass es seit drei oder vier Jahren einen Prozess im Sudan gibt, der zu einer Demokratisierung führen soll.

Dann kommt die Rolle der internationalen Gemeinschaft hinzu. Ich denke, dass sie ihre Prioritäten bezüglich des Sudan verändern muss. Man sollte zwar die Sicherheit nicht außer Acht lassen, aber der Frieden hat hier oberste Priorität. Und nur dann können wir auch Gerechtigkeit erreichen. Der Prozess von Naivasha muss zu einem erfolgreichen Ende geführt werden, das ist sehr wichtig. Der Konflikt in Darfur sollte allerdings nicht dazu führen, dass wir diesen Prozess vernachlässigen. Darfur muss politisch gelöst werden. Dennoch sollten wir vor diesem Hintergrund nicht die anderen Verantwortungen der internationalen Gemein-

schaft vergessen, was zum Beispiel die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Menschen dort betrifft. Auch die Schaffung einer gewissen Sicherheit für die Menschen in Darfur, die Flüchtlinge innerhalb des Sudan und im Tschad. Drittens denke ich, dass die internationale Gemeinschaft helfen kann, eine politische Lösung für den nationalen Konflikt im Sudan zu finden.

Sind Sie als deutscher Parlamentarier in einer Zwickmühle: Auf der einen Seite wollen wir, dass der politische Prozess in Naivasha weitergeht, auf der anderen Seite haben wir das humanitäre Desaster in Darfur und müssten eingreifen?

Jonas: Ich halte es für einen Grundfehler, wenn man das, was in Naivasha erreicht wurde, wieder in Frage stellen würde. Das wäre ein Rückschritt für das gesamte Land. Man muss für Darfur eine separate politische Lösung finden. Diese muss an die Ergebnisse von Naivasha anschließen, die ein föderales System vorsehen. Nur das kann die Lösung sein: wenn unter einer zentralen Regierung mehr Selbstständigkeit, mehr Selbstbestimmungsrecht für die einzelnen Regionen entsteht.

Nur das kann die Lösung sein: wenn unter einer zentralen Regierung mehr Selbstständigkeit, mehr Selbstbestimmungsrecht für die einzelnen Regionen entsteht.

Die internationale Gemeinschaft muss die humanitäre Hilfe, die jetzt geleistet wird, fortführen und den Menschen konkret helfen. Aber das allein löst das Problem nicht. Auch eine Befriedung der Situation in Darfur löst das Problem des Sudan nicht. Der Sudan ist so vielfältig, dass auch andere Regionen kritisch zu betrachten sind, was die Gesamtsituation angeht. Weitere Konfliktherde schwelen im Untergrund und drohen aufzubrechen, wenn das, was in Naivasha vereinbart wurde, nicht auf das gesamte Land umgesetzt wird. Es ist ganz wichtig, dass hier die internationale Gemeinschaft das Land unterstützt in vielerlei Hinsicht. Aber wir können diesen Konflikt nicht von außen lösen – er muss aus dem Land gelöst werden. Ich halte auch nichts



davon zu sagen, wir müssen den Druck erhöhen mit der Konsequenz eines totalen Embargos. Bestimmter Druck muss da sein, dass unter bestimmten Bedingungen ein Embargo stattfindet – ganz abgesehen von Waffenlieferungen, die ich für unverantwortlich halte. Aber wir müssen auch mit der Regierung, mit den Konfliktparteien im Gespräch bleiben. Ohne dies können wir für den Konflikt keine Lösung finden.

In der Konsequenz heißt das: Die internationale Gemeinschaft muss sich, vor allem gestützt auf die Afrikanische Union, sehr stark engagieren. Deutschland hat sich bereit erklärt, sich in vielfältiger Form einzubringen. Ich will nicht sagen, dass wir eigene Truppen hinschicken – davon bin ich weit entfernt. Aber Sicherheit in Darfur zu schaffen, ausgehend von den jetzigen Flüchtlingslagern bis in die letzten Dörfer, muss in Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und der Regierung in Khartoum organisiert und abgesichert werden. Da haben wir logistische, finanzielle Unterstützung zugesagt.

Das ist aber nicht das primäre Ziel, das die internationale Gemeinschaft haben muss. Sondern man muss heute schon schauen, was passiert, wenn ein Friedensprozess erfolgreich ist. Dann fängt die richtige Aufgabe erst an. Das ist auch immer



wieder ein Thema, das wir sehr intensiv sowohl unter den Parlamentariern als auch in Gesprächen mit Vertretern aus dem Sudan diskutieren. Da ist die internationale Gemeinschaft, auch auf europäischer Ebene, in den Startlöchern. Voraussetzung ist aber, dass tatsächlich eine Kooperation im Land stattfindet, dass überhaupt die Voraussetzungen geschaffen werden, diesen Weg zu gehen, gerade wenn ich an die Entwicklungszusammenarbeit denke.

Frau Peter, Sie beobachten den Sudan seit 17 Jahren. Im Moment erfährt der Sudan aufgrund der humanitären Katastrophe ein ungeheures Medieninteresse. Wo sehen Sie den Ansatz, zum Frieden zu gelangen?

Peter: Vor 17 Jahren kam ich zum ersten Mal nach Afrika, nach Khartum. Voller Vorurteile natürlich, voller Warnungen. Als ich einmal die Straße vom Hotel hinunter zum Nil lief, hielt ein Pickup neben mir und ein Mann sprang heraus, gekleidet in Djellaba und Turban. Ich dachte sofort, der will mir sicher mein Geld stehlen. Stattdessen drückte er mir die Hand, sagte „Herzlich willkommen im Sudan“, sprang zurück in sein Auto und fuhr davon. Das war meine erste Begegnung mit dem Sudan.

Zwei Jahre später war ich das erste Mal im Südsudan. Wir kamen in ein Dorf mitten im Kriegsgebiet. Das Dorf war leer, alle Bewohner hatten sich versteckt, weil sie nicht wussten, wer kam, und oft genug überfallen worden waren. Außerdem hatten sie nichts anzuziehen. Wir haben dann mit einigen Leuten gesprochen, die uns erzählten, sie hätten wenig zu essen. Als wir zu unserem Auto zurückgingen, brachten zwei eine ganz magere Ziege. Dies sei ein Gastgeschenk, sagten sie, weil es so furchtbar für sie sei, dass sie uns nichts anbieten konnten.

Warum erzähle ich das? Einmal, weil es meine große Hoffnung ist, dass es eines Tages wieder möglich ist, diesen Geist von Toleranz und Offenheit im Sudan wiederzubeleben. Was wir aber seitdem beobachtet haben, ist eine systematische Zerstörung von vielen dieser wunderbaren Kulturen und der Aufbau eines tief sitzenden Misstrauens zwischen fast allen Bevölkerungsgruppen. Wenn es um Frieden geht und die Überwindung von Misstrauen: Es gab im Sudan ein Abkommen nach dem nächsten, und keines ist eingehalten worden, warum soll es jetzt anders sein?

Die humanitäre Katastrophe, die ich vor 15 Jahren im Südsudan gesehen habe, war genau das, was wir heute auch in Darfur sehen. Damit möchte ich die Darfur-Katastrophe nicht herunterspielen. Aber wenn heute alle so erstaunt sind, wie so etwas passieren kann – der Gebrauch von Milizen, das Ausnutzen ethnischer Spannungen, um Menschen gegeneinander aufzuhetzen, die Bombardierungen aus der Luft, Massenvergewaltigungen, die Verweigerung des humanitären Zugangs als Kriegswaffe – all das haben wir über 17 Jahre lang im Sudan miterlebt. Kein Minister oder UN-Generalsekretär hat sich das angesehen, und es gab keine UN-Resolution.

Wenn es heute heißt, die internationale Gemeinschaft würde alles nach Kräften unterstützen, was zum Frieden führt, so hören wir das natürlich gern. Aber für mich stellt sich immer noch die große Frage: Hören sie wirklich zu, was die Sudanesen wollen?



Oder gibt es doch wieder Eigeninteressen vieler Länder, die dann letztlich doch nur das im Sudan haben wollen, was ihnen selbst passt und nicht das, was für die Sudanesen gut ist.

Herr Alier, können Sie Herrn Baums Argument nachvollziehen, dass die Verantwortlichen für die humanitären und menschenrechtlichen Gräueltaten in Darfur von einem internationalen Gericht zur Rechenschaft gezogen werden sollen?

Alier: Ich kann nicht sagen, dass ich das wirklich verstehe. Hier ist ein kulturelles Verständnis wichtig. Ich will versuchen, vor diesem Hintergrund zu antworten. Ich bin nicht dagegen, dass Strafe erfolgt, und ich möchte natürlich, dass Gerechtigkeit zuteil wird. Wenn Sie aber von Versöhnung sprechen, dann werden Sie auch politisch Früchte ernten. Da werden Sie sich einzelne Verbrechen, wie das in Südafrika und auch im Südsudan der Fall war, vornehmen. Es gibt verschiedene Wege. Es gab Menschen, die ihre Verbrechen zugegeben und um Vergebung gebeten haben. Soll ich die dann rechtlich weiter verfolgen? Wegen dieses sorgfältigen, vorsichtigen Vorgehens in Südafrika hat man dort jetzt Frieden. Wir haben auch unsere Erfahrungen gemacht im Süden des Sudan. Ich erinnere mich, dass ich als Präsident des Exekutivausschusses einem Fall begegnet bin, in dem es um Vergeben, um Versöhnung ging. Jemandem waren die Lippen und die Ohren abgeschnitten worden. Ich fragte ihn, was passiert sei. Er sagte, die Befreiungsfront im Süden habe ihn als einen Sympathisanten der Regierung betrachtet. Ich habe mich dann ans Gericht gewandt, dann ist mir etwas von Amnestie gesagt worden. Wir haben beschlossen, dass derjenige, der das getan hat, sich melden und mit diesem Mann sprechen sollte.

Was bedeutet Versöhnung? Was bedeutet Amnestie? Man muss sich einen solchen Fall vor Augen führen. Das ist etwas anderes, als zu sagen, meine Damen und Herren, lassen Sie uns das Problem von Darfur lösen. Wenn wir es dann gelöst haben,



Conny Czymoch

werden x, y und z vor den internationalen Gerichtshof gebracht oder hingerichtet werden. Ich würde zögern, so vorzugehen. Ich habe Angst, Dinge hochzuspielen, die man jetzt noch niedrig halten kann, um eine internationale Lösung zu finden. Ich will nicht sagen, dass man das nicht später machen kann.

Herr Alier hat noch einmal den Ansatz verstärkt: Lasst uns auf unsere Weise mit den Menschenrechtsverletzungen zurechtkommen...

Baum: Der Sudan-Konflikt ist internationalisiert. Ohne internationale Mediation wäre Naivasha nie zustande gekommen. Die Amerikaner haben im Kongress einen Sudan Peace Act verabschiedet. Auch die anderen Vermittler haben erheblichen Einfluss ausgeübt. Wir müssen den Menschen durch Einflussnahme und, ja, auch Druck, helfen. Ich freue mich, dass unsere Regierung – Herr Fischer, Frau Wiczorek-Zeul, Herr Struck und andere – in den internationalen Verhandlungen sagt: Der Sudan hat bisher keine der Entschlüsse erfüllt, die ohnehin schon schwach sind. Wir müssen Druck ausüben, unter anderem durch Sanktio-

nen. Das ist ein Mittel, das in diesem Fall durchaus erfolgversprechend ist. Es wird im Sicherheitsrat behindert, der hier nicht handlungsfähig ist. Im Wesentlichen durch zwei Vetomächte: Russland, der Tschetschenien-Täter, schützt die Darfur-Täter. Das ist heute die Situation in der Menschenrechtspolitik der Vereinten Nationen. China ist der Hauptabnehmer für das Öl aus dem Sudan. Der Sicherheitsrat müsste in einer solchen Situation handeln, auch durch die Einsetzung eines internationalen Gerichtshofes, wie er es bei Jugoslawien und Ruanda getan hat. Denn eines ist nicht mehr möglich: Die internationale Menschenrechtspolitik geht nicht mehr von Straflosigkeit aus. Eine Versöhnung mit den Mördern ist ganz schwierig; Südafrika ist wahrscheinlich ein Sonderfall, auch wenn es dort auch nicht ohne Probleme ging. Dass der Täter sich anonym in die Büsche schlagen kann, ist nicht mehr internationale Menschenrechtspolitik.

Ich bedauere sehr, dass die alten Konfliktlösungsmechanismen in Darfur von der Regierung zerstört worden sind. Es gab immer Konflikte zwischen den Stämmen, die früher anders gelöst worden sind. Ich plädiere dafür, dass wir angesichts des „genozidalen Potenzials“ (Joschka Fischer) eine starke internationale Solidarität zeigen, um den Opfern zu helfen und die Täter nicht entkommen zu lassen. Sie müssen wissen, dass sie nicht straffrei davonkommen. Wir haben die Täterlisten. Der Sicherheitsrat hat zwar eine schwache Resolution verabschiedet, aber immerhin eine Untersuchungskommission eingesetzt.

Wie man das schließlich handhabt, Herr Alier, wie man Versöhnungsmechanismen wirken lässt, das ist eine ganz andere Frage. Aber die Menschheit kann es nicht mehr ertragen, dass Verursacher schwerer Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen straflos bleiben.

Der Einfluss der internationalen Gemeinschaft, so sagten Sie, Herr Salih, habe etwas von Zuckerbrot und Peitsche. Wieviel Zuckerbrot ist nötig, wie viel Peitsche ist überhaupt ertragbar?



Salih: Ich möchte zuerst auf die IGAD-Initiative eingehen. Ich war in den vergangenen drei Jahren immer sehr kritisch, was diese Gespräche betrifft. Einer der größten Mängel ist, dass sich die IGAD-Verhandlungen nicht auf das Problem im ganzen Sudan beziehen. Dabei braucht die Krise im Sudan eine Lösung, die alles einbeziehen würde.

Ein anderer Mangel, der sich daraus ergibt, ist, dass in den Verhandlungen keine Vertreter aus dem ganzen Sudan dabei sind. Die SPLA repräsentiert nicht den gesamten Süden, und die Regierung repräsentiert nicht den gesamten Norden. Welche Lösung sich auch immer hieraus ergibt: Sie wird nicht umfassend sein. Eine Teillösung kann zu solchen Problemen führen, dass man sagt, der Süden hat mehr bekommen, als ihm eigentlich zusteht. Wir müssen hier sehr vorsichtig sein.

In Naivasha können wir uns dieser Mängel noch einmal bewusst werden. Die Tatsache, dass es sich hier nur um eine Teillösung handelt, bedeutet nicht, dass wir aufhören. Wir müssen weitermachen.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist, dass Darfur erst viel später aufgekommen ist. Ich habe mich in den vergangenen zwei Jahren immer wieder darüber beklagt. Deswegen wurde meine Zeitung verboten. Bereits in den vergangenen zwei Jahren hat es in Darfur Probleme gegeben, aber es wurde nie etwas unternommen. Das Ganze ist nun eskaliert, und das ist nicht nur ein Problem und eine Herausforderung für die Regierung, sondern für uns alle. Ein internationales Eingreifen wird das Problem nicht lösen – das hat auch in Somalia nicht funktioniert. Diplomatischer Druck ist eine Möglichkeit, aber alle Sudanesen müssen hier ihre Verantwortung tragen, und die Regierung muss sich darüber klar werden, dass das Spiel hier zu Ende ist. Es geht so nicht weiter.

Die Frage ist, ob der Sudan als vereinigt Land in dieser Form weiter bestehen kann. Wenn wir hier nicht gerecht vorgehen, dann ist die Zukunft des Sudan in Gefahr. Das betrifft uns alle. Deswegen bin ich optimistisch, denn wenn eine Krise ihren Höhepunkt erreicht hat, werden die Menschen klüger. Ich hoffe das für den jetzigen Fall, denn das ist die größte Herausforderung, die das Land seit seiner Unabhängigkeit bestehen muss.

Die Regierung und die SPLA haben beschlossen, über das Abkommen im Süden am 7. Oktober erneut zu verhandeln. Ich bin hoffnungsvoll, dass sie vernünftig sein werden und dass dies auch für Darfur zutreffen wird. Niemand kann guten Gewissens sagen, dass die Kämpfe in einem Gebiet, das unter der eigenen Kontrolle steht, nicht beendet werden können. Die Regierung kann ihre Verantwortung nicht einfach ablegen, sie muss für die Sicherheit des Volkes sorgen. Soldaten aus anderen Ländern werden es nicht schaffen, in Darfur für Sicherheit zu sorgen, wenn man nur eine kleine Menge Truppen hinschickt. Darfur ist so groß wie Frankreich. Es besteht aus Wüste, es gibt keine Straßen. Dort leben viele verschiedene Stämme. Man weiß aus Somalia und dem Eingreifen der Vereinten Nationen, wohin das führen kann.

Niemand kann guten Gewissens sagen, dass die Kämpfe in einem Gebiet, das unter der eigenen Kontrolle steht, nicht beendet werden können.

Wir möchten, dass das Blutvergießen hier aufhört. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir einen Schlusstrich ziehen müssen. Deswegen denke ich, dass die Verhandlungspartner, wenn sie am 7. Oktober in diesem Sinne aufeinander treffen, die Naivasha-Gespräche zu Ende führen können. Aber sie müssen eine umfassende Lösung finden. Und es muss eine nationale Konferenz geben, von der niemand ausgeschlossen ist, denn dieses Land gehört uns allen. An einer nationalen Verfassungskonferenz müssen alle sozialen Akteure beteiligt sein, damit es eine Verfassung gibt, die gerecht Macht und Wohlstand verteilt.

Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zur Einberufung einer nationalen Verfassungskonferenz kommt?

Haroun: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die augenblickliche Situation im Sudan sehr empfindlich ist. Solch eine Situation muss man mit großer Sorgfalt angehen. Der Naivasha-Prozess bedeutete, dass die Regierung die Bereitschaft gezeigt hat, einen Teil der politischen Macht abzugeben, und überlegt hat, was man mit dem nationalen Wohlstand macht, dass man ihn umverteilt. Die Menschen, die dem Sudan helfen wollen, müssen das berücksichtigen. Die sudanesishe Regierung hat sich seit einiger Zeit mit Rebellen in Darfur auf Gespräche eingelassen. Auch hier ist man zu Abkommen gelangt, eines über einen Waffenstillstand. Das gibt Anlass zum Optimismus. Man sollte dies als Basis für die Fortsetzung des Prozesses einer politischen Lösung ansehen.

Es besteht natürlich die Gefahr, dass wir uns hier mit der Frage „Alles oder nichts“ befassen. Wir brauchen aber einen Lernprozess aus der Geschichte und aus der Gegenwart. Wir brauchen Hilfe, um eine friedliche politische Lösung für diesen multidimensionalen Konflikt zu finden. Die Regierung darf sich nicht in die Ecke getrieben fühlen.

Diplomatischer Druck auf alle Konfliktparteien im Sudan ist nötig. Alle müssen sich an den Verhandlungstisch setzen und miteinander reden. Außerdem dürfen die bedürftigen Menschen in abgelegenen Gebieten des Sudan nicht vergessen werden. Wir müssen von der Geschichte lernen: Dies ist nicht der erste Konflikt in der Geschichte des Sudan.

Die Menschen des Sudan, gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft, können Frieden, Stabilität und Demokratie im Sudan schaffen.

Sollen wir uns in Geduld üben – oder laufen wir damit Gefahr, dass das humanitäre Desaster irgendwann so groß ist, dass es keine Leute mehr gibt, für die wir die politischen Lösungen erarbeitet haben?

Peter: Das ist die Kernfrage jeder humanitären Hilfe. Wir fragen uns manchmal, ob es auch eine kriegsverlängernde Rolle gibt, zum Beispiel von Hilfsorganisationen. Führt eine politische Lösung langfristig dazu, dass es weniger Opfer gibt? Ich denke nicht, dass wir das hier klären können und auch nicht, dass man die Frage so stellen darf. Wir müssen natürlich weiter humanitäre Hilfe leisten und parallel politisch handeln.

Die Sudanesen wären bei der Frage des Selbstbestimmungsrechts nicht so weit gekommen, wenn nicht die südsudanesische Zivilgesellschaft irgendwann gesagt hätte: Das ist es, was wir wollen. Auch gegen den erheblichen Widerstand der internationalen Gemeinschaft.

Bei den Gesprächen in Naivasha und Abuja hat mir ein wichtiger Aspekt gefehlt: die Zivilgesellschaft. Die Sudanesen wären bei der Frage des Selbstbestimmungsrechts nicht so weit gekommen, wenn nicht die südsudanesische Zivilgesellschaft irgendwann gesagt hätte: Das ist es, was wir wollen. Auch gegen den erheblichen Widerstand der internationalen Gemeinschaft.

Genauso müsste man fragen, was mit den Menschen in Darfur ist. Die dort verhandeln, sind die, die zu den Waffen gegriffen haben. Was wollen eigentlich die anderen, weiß überhaupt je-

mand, welche politische Lösung die Zivilgesellschaft in Darfur möchte? Man darf nicht den Fehler machen wie in Naivasha, zu denken, dass die Leute, die zu Opfern geworden sind, mit ihrem Hab und Gut auch ihren Verstand und ihre Denkfähigkeit verloren haben. Die sollten gefragt werden, was sie eigentlich wollen. Die internationale Gemeinschaft muss Möglichkeiten zur Verfügung stellen, dass sie sich treffen und artikulieren können.



Fragen aus dem Publikum

Eine ganze Generation im Süden des Sudan kennt nur Krieg. Wird dieser Frieden ein schlechter Frieden sein oder können die Menschen damit leben?

Alier: Ich habe den Eindruck, dass wir sehr wenig über Lösungen sprechen. Als 1972 das Abkommen in Addis Abeba geschlossen wurde, haben viele politische Gruppen im Norden sich dafür entschieden, das Abkommen zu zerstören. Nicht wegen seines Inhalts, sondern weil sie nicht einbezogen wurden. Ein sehr bekannter Anführer einer dieser politischen Gruppen sagte, er wisse nichts über dieses Abkommen, aber er sei dagegen.

Ich habe es schon oft gesagt: Es ist wichtig, die Protokolle von Naivasha zu lesen. Sie gehen uns im Norden und im Süden etwas an. Dennoch scheint es nicht der richtige Weg zu sein. Unter den Eliten ist die Diskussion über den Inhalt des Naivasha-Protokolls

sehr intensiv. Ich denke, es muss noch weiter entwickelt werden, doch es hat die wichtigsten Themen bereits angegangen. Das entscheidende Kriterium für die Menschenrechte weltweit ist, ob die Rechtsstaatlichkeit anerkannt wird oder nicht, ob es eine demokratische Partizipation am öffentlichen Leben gibt oder nicht und ob es ein pluralistisches politisches System gibt. In drei oder vier Jahren nach diesem Abkommen soll es Wahlen geben, die international überwacht werden. Das ist wichtig für die Lösung des Konfliktes.

Salih: Das Naivasha-Abkommen sollte von einer Teillösung zu einer umfassenden Lösung bewegt werden.

Das entscheidende Kriterium für die Menschenrechte weltweit ist, ob die Rechtsstaatlichkeit anerkannt wird oder nicht, ob es eine demokratische Partizipation am öffentlichen Leben gibt oder nicht und ob es ein pluralistisches politisches System gibt.



Gibt es Mechanismen unter der Führerschaft in Darfur, die es einem Friedensprozess ermöglicht zu reifen und letztlich tatsächlich zum Frieden führen kann?

Baum: Unsere sudanesischen Freunde wissen, dass der Friedensprozess in Naivasha kein Signal geben kann, damit das Sterben und Morden in Darfur beendet wird. Täglich sterben Hunderte Menschen. 50.000 sind tot, bis zum Jahresende wahrscheinlich doppelt so viele, sagt die UNO. Das ist ein dringendes Problem, hier müssen Menschenleben gerettet werden.

Welche Rolle kann die Afrikanische Union bei Friedensprozessen spielen?

Alier: Jeder, der gestern die Rede von Kofi Annan vor der Generalversammlung verfolgt hat, weiß, dass die Afrikanische Union in Darfur einige Verantwortung übernehmen wird, aber andere Länder müssen sich darüber klar werden, dass diese Afrikanische Union gerade erst entstanden ist. Sie hat nicht die Kapazität, ohne Hilfe der internationalen Gemeinschaft einzugreifen.

Was das menschliche Leid betrifft: Wir möchten, dass das Blutvergießen heute aufhört und nicht erst morgen. Das ist für die Friedensverhandlungen notwendig. Wir müssen alles tun, und zwar auf beiden Seiten.

Welche Rolle können die Stammesstrukturen spielen?

Alier: In Konflikten dieser Art haben die beiden involvierten Parteien immer eine gewisse Unterstützung von dieser Seite. Im Süden wurden die Kämpfer gut organisiert und ausgestattet. Die SPLM zum Beispiel rekrutiert im südlichen Sudan und in den Nuba-Bergen, sogar auch im Norden des Landes.

Es ist das gleiche in Darfur. Wenn man von den Dschandschawid-Milizen in Darfur spricht, muss man sich die Frage stellen, ob es eine Beziehung zwischen diesen Gruppen und der sudanesischen Regierung gibt. Die internationale Gemeinschaft denkt, dass die Dschandschawid mit der Regierung zusammenarbeiten. Das Problem ist, dass es mit einem solchen Bürgerkrieg immer eine große Versuchung gibt, in den einzelnen Gebieten, sogar im Wahlkreis seines Feindes, Kämpfer zu rekrutieren. Wenn man sich also über eine politische Lösung und das Aussetzen der Feindseligkeiten unterhält, muss man sich darüber klar sein, dass diese beiden Dinge sehr wichtig sind und dass es genau so in Darfur passiert. Wenn beide Parteien eine politische Lösung wollen, müssen sie sich auf ein Aussetzen der Feindseligkeiten oder einen Waffenstillstand einigen.

Kann das Abkommen im Süden überhaupt im Oktober oder später im Jahr umgesetzt werden, ohne dass es einen ganzheitlichen Ansatz für Darfur gibt?

Alier: Zu Beginn des Naivasha-Prozesses war das Problem in Darfur noch nicht aktuell. Ein Abkommen, das Darfur nicht einbezieht, wird dem Sudan nicht helfen. Es wäre politisch keine gute Lösung.



Wie können wir der Regierung in Khartum klarmachen, dass sie hinsichtlich der Lösung eines Konflikts im Süden, im Norden, im Osten usw. verstehen muss, dass es nicht darum geht, was sie möchte, sondern darum, was die ausgegrenzten Menschen, die marginalisierten Bevölkerungsgruppen wollen?

Peter: Was sind die Interessen der internationalen Gemeinschaft? Für mich steht außer Zweifel, dass die internationale Gemeinschaft viel Druck machen muss, viel mehr, als sie im Moment macht und dass sie weit über jedes unterzeichnete Abkommen hinaus dem Sudan zur Seite stehen muss.

Eine verantwortliche Regierung muss in erster Linie den Interessen ihres Volkes dienen und muss hören, was die Menschen wollen. Deshalb müsste diese Frage eher dem Herrn Botschafter (des Sudan in Deutschland – d. Red.) gestellt werden: Warum hört die Regierung im Sudan nicht auf das, was die Mehrheit der Menschen will?

Als im Südsudan gekämpft und gestorben wurde, haben die Medien nicht darüber berichtet. Warum ist Darfur nun ein so wichtiges internationales Thema?

Baum: Ich kann Ihre Bitterkeit voll verstehen. Wir haben immer von einem vergessenen Konflikt geredet. Aber Sie können ja der Welt nicht vorwerfen, dass sie versucht zu lernen. Ich bin der Meinung, sie hat viel zu wenig gelernt. Die Welt hat viel zu spät ihre Aufmerksamkeit auf Darfur gelenkt. Ich weiß noch, wie ich im März mit dem ZDF verhandelt habe. Da wurde mir immer gesagt, Herr Baum, es gibt keine Bilder. Wir brauchen wohl erst die Bilder von toten und verhungerten Kindern!

Aus Ruanda hat die Welt nicht viel gelernt. Ein bisschen mehr Öffentlichkeit gibt es zwar, aber viel zu wenig Handeln und Konsequenz.

Der Krieg wird teilweise durch religiöse Prinzipien und Probleme ausgelöst. Warum wird die Religion bei Konfliktlösungsansätzen ausgeschlossen?

Baum: Die Religion hat eine Rolle gespielt zwischen Nord- und Südsudan, auch wenn es kein Religionskrieg war. Die christliche Religion hat es schwer im Norden, sie wird unterdrückt. Aber was haben eigentlich die afrikanischen Staaten getan? Es werden doch immerhin Afrikaner umgebracht. Was war die politische Rolle der afrikanischen Staaten in all den Jahren? Wir haben ihnen doch bei der Anti-Apartheid-Arbeit geholfen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Naivasha auf Dauer ohne einen schnellen Einbezug der anderen Regionen funktioniert. Ich fürchte sogar, dass bei einem möglichen Abschluss von Naivasha im Oktober der Einfluss auf Darfur eher negativ ist.

Hat eine internationale Intervention jemals irgendwo in der Welt Erfolg gezeigt? Oder ist so etwas eher ein Hindernis, besonders hinsichtlich der humanitären Hilfe?

Baum: Sie hat beispielsweise in Libyen Erfolg gezeigt, das haben wir gerade erlebt. Und sie hat in Südafrika funktioniert.

Wenn die sudanesisische Regierung die Forderungen der internationalen Gemeinschaft nicht befolgt, dann ist es richtig, ein Ölembargo in Erwägung zu ziehen. Das tut ja unsere Regierung zum Beispiel. Es geht darum, dass man eine schnelle Entscheidung zugunsten von Menschen erreicht, die sonst sterben. Im Sudan werden jetzt Geschäfte gemacht, Delegationen reisen an, große Aufträge werden vergeben – ohne Rücksicht darauf, dass die Regierung in einem Teil des Landes die eigene Bevölkerung verfolgt.

Warum sollen wir kein internationales Gericht einberufen? Unter der augenblicklichen Regierung sind viele Dörfer verbrannt, Menschen umgebracht worden. Wer Verbrechen gegen die Menschheit begangen hat, sollte vor Gericht gestellt werden.

Alier: Erlauben Sie mir, dass ich zu den verschiedenen Elementen der Lösung zurückkomme. Im Naivasha-Protokoll geht es auf fünf Seiten um religiöse Freiheit. Regionale und internationale Konventionen wurden von verschiedenen Staaten, den Vereinten Nationen und auch der Afrikanischen Union unterzeichnet. Aber werden diese Abkommen über religiöse Freiheit auch tatsächlich umgesetzt? Der Sudan hat mehrere Religionen, Kulturen und Ethnien. Das sind Identitäten, die die Menschen im Sudan annehmen müssen. Theoretisch sind wir uns einig über die Anerkennung der verschiedenen Religionen im Lande und dass wir Religionsfreiheit brauchen.

1,2 Millionen Menschen sind in Darfur in den letzten 18 Monaten vertrieben worden. Das ist eine humanitäre Krise. Wenn die internationale Gemeinschaft sich hier verpflichtet, Unterstützung zu leisten, dann ist die Frage nur, wie. Was man bisher versucht hat, ist glaubhaft gewesen.

Im Sudan werden jetzt Geschäfte gemacht, Delegationen reisen an, große Aufträge werden vergeben – ohne Rücksicht darauf, dass die Regierung in einem Teil des Landes die eigene Bevölkerung verfolgt.

Was die Ausübung von politischem und diplomatischem Druck betrifft, da haben die Norweger, die Amerikaner, die Briten und natürlich die Europäische Union reichlich Erfahrung. Die kann uns zu einer frühen politischen Lösung in Darfur führen.



Interview mit Napoleon Adok Gai mit einem ehemaligen Kindersoldaten im Südsudan

„Als Kind hat man einfach Angst und schießt“

Dem Mitte November veröffentlichten Bericht der „Koalition zur Beendigung des Missbrauchs von Kindern als Soldaten“ zufolge waren in Afrika zwischen 2001 und 2004 100.000 Kindersoldaten im Einsatz. Die Situation habe sich weltweit „leicht verbessert“. Im Sudan rekrutieren alle Konfliktparteien Kindersoldaten – insgesamt etwa 22.000. Die Sudanesische Volksbefreiungsarmee (SPLA) des Südens hat nach eigenen Angaben 16.000 Kinder demobilisiert. Bis zu 5.000 sind dennoch weiter im Einsatz.

Napoleon Adok Gai, 31, stammt aus einem Dorf in der Region Bahr el Ghazal im Südsudan. Nach dem Kriegsausbruch 1983 floh er mit Nachbarn in ein Flüchtlingslager in Äthiopien. Dort rekrutierte ihn die SPLA im Alter von etwa elf Jahren. Er lebt heute in Nairobi (Kenia) und hat eine dreijährige Tochter.



Was ist im Flüchtlingslager passiert?

Napoleon Adok Gai: Das Lager wurde wohl von der UNO versorgt, aber gemeinsam von der Rebellenarmee (Volksbefreiungsarmee des Sudan, SPLA – d. Red.) und der äthiopischen Regierung (zu dieser Zeit unter Mengistu Haile Mariam – d. Red.) verwaltet. Die SPLA rekrutierte ihre Kämpfer unter den Flüchtlingen. Ich wurde als „unbegleiteter Minderjähriger“ in ein Kinderlager innerhalb des Flüchtlingslagers gesteckt. Das war wie ein Pfadfinderlager organisiert und es gefiel mir, weil ich Freunde hatte. Dann wurden die Älteren, zwischen zehn und 16 Jahren, für drei Monate zu militärischem Training geschickt, zusammen mit den erwachsenen Männern.

Wusste die UNO davon?

Ich habe keine Ahnung. Ich war elf Jahre alt. Zu dieser Zeit wusste ich nicht einmal, dass die UNO überhaupt existierte.

Das Militärlager war 80 Kilometer vom Flüchtlingslager entfernt. Wie die Erwachsenen bildeten auch wir Kinder eine militärische Formation, die „Red Army“. Ich wurde Hauptfeldwebel und hatte 200 jüngere Kinder zu führen.

War Ihnen bewusst, was da mit Ihnen passierte?

Noch drohte ja keine Gefahr, es war einfach nur aufregend. Man sollte Angst vor einem Gewehr haben, aber wenn man selbst damit umgehen kann... Und dann haben wir Filme gesehen, wo Leute schießen. Ich dachte, am Anfang habe ich vielleicht Angst, ein paar Albträume, aber dann gewöhne ich mich schnell daran. Ältere Kinder, die vor uns das Training abgeschlossen hatten, trugen schöne Uniformen, hatten Gewehre, wurden von allen respektiert. Wir wollten so sein wie sie. Anstatt Angst vor dem Gewehr zu haben, beneideten wir die, die eins trugen. Sie waren richtige Männer, wir waren gar nichts. Wir wollten so schnell wie möglich in den Kampf ziehen.

Was passierte nach der militärischen Ausbildung?

Die Erwachsenen gingen an die Front. Uns schickte man in ein Militärlager nach Bongo (Äthiopien), wo wir für zwei Jahre wieder zur Schule gehen konnten, aber auch eine Reservearmee waren: Wir wurden zum Beispiel als Eskorte für Versorgungstransporte von Äthiopien in den Sudan eingesetzt. Am Anfang schickte man uns etwa einmal in zwei Monaten, später jede Woche. Hier wurde uns klar, das ist kein Witz, das ist richtiger Kampf. Fünfzig Jungen gingen auf eine Mission, nur 20 kamen wieder. Und denen, die wiederkamen, fehlte ein Arm oder ein Auge. Wir hatten Angst, schoben sie aber weg: So was passiert nur den anderen, mir nicht.

Neben der Schule lernten wir, mit Sprengstoff umzugehen, wie man Landminen legt und entfernt. Einmal sollten wir Landminen von einer Straße beseitigen. Da wurde einem von uns der Kopf abgerissen. Ich wusste, dass Menschen im Kampf sterben, aber das hat mich schockiert: Es war mein Freund, mit dem ich alles geteilt hatte. Zum ersten Mal wurde mir klar, in welcher Gefahr ich war.

Das war schon in meiner aktiven Zeit an der Front zwischen 1988 und 1990, also zwischen 15 und 18 Jahren. Ich war im Technikregiment Experte für Landminen. Diese Zeit war der Wendepunkt: Ich dachte, ich wäre der Gefahr entkommen, als ich im Flüchtlingslager in Äthiopien ankam. Jetzt musste ich den Regeln des Militärs gehorchen, ob ich wollte oder nicht.

Ich war ungefähr 15, als das mit meinem Freund passierte. Ich wollte nicht mehr mitmachen. Aber da war ich schon mehr als drei Jahre dabei, militärisch ausgebildet und erfahren. Sie hätten mich nicht gehen lassen. Das wurde eine schwierige Zeit für mich.

Wie würden Sie Ihre „aktive Zeit“ beschreiben?

Oft lehnte die Bevölkerung die SPLA ab. Sie taten alles, um an unsere Gewehre zu kommen. Daher mussten wir zurückschlagen und sie töten, bevor sie uns sahen, sonst hätten sie uns getötet. Viele meiner Gefährten sind so gestorben.

Wenn die Person neben dir tot ist, kriegst du Angst und denkst, du musst was tun. Das tägliche Risiko bestand weniger im Kampf gegen andere Soldaten als in der Gefahr durch Landminen, in Leuten, die dich ausrauben wollen, weil sie denken, du bist nur ein Kind und kein ausgebildeter Soldat. Manchmal waren die Männer in den Dörfern von der Regierung für den Widerstand gegen die Rebellen trainiert.

Waren Kindersoldaten zu dieser Zeit eher die Ausnahme?

Für uns hat das Konzept von „Kindersoldaten“ nie existiert. Es war die Norm. Ein Kind ohne Gewehr, das war ungewöhnlich. Ohne Gewehr kann man jederzeit sterben.

Haben Sie mit den anderen Kindern über Ihre Situation gesprochen?

Am Anfang, ja. Aber nach zwei Jahren strenger militärischer Disziplin wird es schwierig. Man wird als Aufwiegler betrachtet. Also beschränken sich die Gespräche auf Kampferfahrungen. Und die Erwachsenen sorgten sich wenig darum, ob es fair ist, Kinder zu Soldaten zu machen. Jedes Kind wäre begeistert, eine Uniform zu tragen. Die sie nicht hatten, beneideten uns. Dies war der einzige Weg, um an Bildung zu kommen.

Wussten Sie, wofür Sie kämpfen?

Jeder wusste, unser Land wird von einem ungerechten System regiert. Die Schulen waren geschlossen, also haben sogar kleine Kinder es mitbekommen. Krieg war normal im Sudan. Jeder kannte die Geschichten vom Befreiungskampf, dass die Araber uns schlecht behandeln. Dörfer wurden bombardiert. Im Flüchtlingslager erfuhr ich von den Schicksalen anderer Kinder, wie die Mutter erschossen wurde, die Schwester vergewaltigt, und sie dann weggelaufen sind. Die wollten sich rächen. Jeder hatte seine Gründe. Während der militärischen Ausbildung haben wir immer gefragt, warum sind wir hier, warum wird auf uns geschossen? Die Ausbilder haben

uns erklärt, wir kämpfen für unsere Unabhängigkeit, damit wir ein eigenes Land haben können. Nur, dass wir Kinder eben die Konsequenzen nicht kannten.

Wie haben Sie es geschafft, heraus zu kommen?

Zu dieser Zeit erhielten immer mehr internationale NRO Zugang zu der Region. Sie brauchten Leute, die die Gegend kannten und wussten, wo die Minen liegen. Ein Militärarzt in der Stadt gab mir einen Job als Bodyguard und Ortskundiger – ich war zwar immer noch beim Militär, aber nicht mehr an der Front. Ich fuhr die Verwundeten von der Front ins Krankenhaus. So kam ich in Kontakt mit dem Roten Kreuz und Leuten aus der ganzen Welt.

Der Kontakt zu den NRO öffnete eine neue Welt für mich. Ich lernte eine Welt außerhalb des Militärs kennen und entfernte mich schrittweise. Ich konnte Menschen helfen, was mich befriedigte, konnte lernen, aber auch mit meinen früheren Freunden in Kontakt bleiben.

1993 halfen mir Freunde vom Roten Kreuz und der UNO, nach Nairobi zu gehen und Abschlüsse in Computer- und Softwaretechnik zu machen. 2001 machte ich in England meinen Master in Informationstechnologie mit einem Stipendium der Universität.

Als ich zurückkam, entwickelte ich die Website „Gurtong“ (Versöhnung), eine Datenbank über den Südsudan.

Ich engagiere mich heute für die Demobilisierung von Kindersoldaten. 2.000 Kindersoldaten innerhalb der SPLA sind teilweise aufgrund meiner Arbeit demobilisiert worden. Viele der militärischen Führer sind meine früheren Kollegen. Ich kann mit ihnen reden als einer von ihnen. Sie haben jetzt selbst Kinder, die sie lieber zur Schule als an die Front schicken. Sie wussten nichts von einer Kinderrechtskonvention. Ein paar frühere Kindersoldaten und ich haben eine Kampagne entworfen, um unser Volk aufzuklären. Wir bekommen unsere Kindheit nicht zurück, aber vielleicht können wir sie anderen bewahren. Ich tue das auch für meine gefallenen Kameraden.

Welche Auswirkungen haben Ihre Erfahrungen auf Ihr Leben heute?

Ich muss mit der Schuld leben, Verbrechen begangen zu haben. Als Kind hat man einfach Angst und schießt. Positiv sind die Erfahrungen, die ich später gemacht habe. Meine Altersgenossen im Dorf laufen ja noch immer den Ziegen hinterher. Aber ich passe nirgendwo richtig hinein. Ich habe ständig Angst, ich würde nie mit dem Rücken zur Tür sitzen, ich vertraue niemandem. Es wird allmählich besser. Aber die Albträume kommen jede Nacht.

Ehemalige Kindersoldaten bleiben soziale Landminen. Wenn sie nach dem Militär keine Alternative für ihr Leben finden, werden sie eher Verbrechen begehen, denn sie können mit Waffen umgehen und kennen Überfalltaktiken.

Welche Tendenz sehen Sie in Afrika für den Einsatz von Kindersoldaten?

Je länger ein Krieg dauert, desto mehr Kinder werden rekrutiert. Erwachsene sind immer weniger bereit, ihr Feld im Stich zu lassen und in den Krieg zu ziehen. Also werden Kinder es tun müssen. Das befürchte ich für die Konflikte am Horn von Afrika, falls die Friedensbemühungen nicht erfolgreich sind.

In meinem Land gibt es keine Kriegswaisen, die auf der Straße leben, weil die islamistische Regierung sie in Lager bringt, angeblich zur Resozialisierung. In Wahrheit werden sie militärisch trainiert und dann in den heiligen Krieg geschickt – und für den gibt es keine Altersschränken.

Gurtong Peace Project: www.gurtong.net

Das Gespräch führte Anja Bengelstorff im November 2004 in Nairobi.